



Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR)
Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH)
Centro svizzero di competenza per i diritti umani (CS DU)
Swiss Centre of Expertise in Human Rights (SCHR)



JAHRESBERICHT

RAPPORT ANNUEL

RAPPORTO ANNUALE

2012

JAHRESBERICHT 2012

- 6** VORWORT
- 8** MENSCHENRECHTE SCHWEIZ: DIE SICHT VON AUSSEN
- 11** AKTIVITÄTEN
- 14** MENSCHENHANDEL: MODERNE SKLAVEREI IN DER SCHWEIZ
- 17** VERNETZUNG
- 18** FINANZEN
- 19** AUSBLICK
- 20** STRUKTUR

RAPPORT ANNUEL 2012

- 24** AVANT-PROPOS
- 26** LES DROITS HUMAINS ET LA SUISSE VUS DE L'EXTÉRIEUR
- 29** ACTIVITÉS
- 32** LA TRAITE D'ÊTRES HUMAINS: ESCLAVAGISME MODERNE EN SUISSE
- 35** RÉSEAUTAGE
- 36** FINANCES
- 37** PERSPECTIVE
- 38** STRUCTURE

RAPPORTO ANNUALE 2012

- 42** PREFAZIONE
- 44** DIRITTI DELL'UOMO IN SVIZZERA: LO SGUARDO DEGLI ALTRI
- 47** ATTIVITÀ
- 50** TRATTA DI ESSERI UMANI: SCHIAVITÙ MODERNA IN SVIZZERA
- 53** NETWORKING
- 54** FINANZE
- 55** PROSPETTIVE
- 56** STRUTTURA

JAHRESBERICHT

2012

Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR)

VORWORT

Mit zahlreichen Aktivitäten hat das SKMR 2012 seine operationelle Phase im Kontext aktueller Herausforderungen in der Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz aufgenommen – ein Überblick.



Walter Kälin
Direktor SKMR

Liebe Leserinnen und Leser

Das Schweizerische Kompetenzzentrum für Menschenrechte (SKMR) – ein Netzwerk verschiedener Universitätsinstitute in der Deutschschweiz und der Romandie – wurde 2011 als fünfjähriges Pilotprojekt im Auftrag des Bundes gegründet. Dieser Bericht für das Jahr 2012 ist der erste, mit welchem das SKMR eine breite Öffentlichkeit über seine Tätigkeit informiert. Nach der Aufbauphase im vergangenen Jahr ist das SKMR nun voll operationell und entfaltet eine Vielzahl von Aktivitäten.

Aufgabe des SKMR ist es, mit Studien, Beratung, Information und Veranstaltungen die Kompetenzen zur Umsetzung internationaler Menschenrechtsverpflichtungen der Schweiz auf allen Stufen des Staatswesens, in der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zu stärken und die öffentliche Diskussion über Menschenrechte zu fördern. Der Bund hat dem SKMR diesen Auftrag im Bewusstsein der grossen Bedeutung der Menschenrechte für die Schweiz erteilt.

Tatsächlich sind die internationalen Menschenrechte für unser Land bedeutungsvoll. Wie die weitgehende Übereinstimmung der Grundrechte der Bundesverfassung mit der EMRK und den UNO-Konventionen zeigt, reflektieren sie die Grundwerte unserer Verfassungsordnung auf internationaler Ebene. Deshalb setzt sich die

Schweiz aktiv für die weltweite Stärkung der Menschenrechte und die Verbesserung der Menschenrechts-situation in anderen Ländern ein. Dies sichert nicht nur Kohärenz zwischen Innen- und Aussenpolitik und stärkt damit die Glaubwürdigkeit unseres Landes und seiner humanitären Tradition auf der internationalen Bühne. Internationales Engagement zugunsten der Menschenrechte dient auch wichtigen Eigeninteressen: Menschenrechtspolitik ist Sicherheits- und Friedenspolitik, wo gewaltsame Umwälzungen und Bürgerkrieg ihre Ursache in Unterdrückung und Missachtung fundamentaler Rechte haben; Asyl-aussenpolitik, wo Menschenrechtsverletzungen und Kriegsverbrechen Menschen in die Flucht treiben; und Aussenwirtschaftspolitik, wo menschenrechtlich inakzeptables Verhalten schweizerischer Firmen im Ausland Reputationsschäden für Staat und Wirtschaft bewirken.

Innerstaatlich ist die Verwirklichung von Freiheit und Gleichheit vielen Menschen in unserem Land ein Anliegen. Das findet seinen Niederschlag auch in der Tätigkeit des Gesetzgebers. So hat die Bundesversammlung am 15. Juni 2012 das Bundesgesetz über Massnahmen gegen Zwangsheiraten verabschiedet und am 1. Juli 2013 sind die neuen Bestimmungen zum Verbot der Zwangsbeschneidung von Mädchen und Frauen in Kraft getreten. Schwierig, aber schliesslich erfolgreich

waren die Debatten über eine menschenrechtskonforme Ausgestaltung der asylrechtlichen Bestimmungen über Sozial- und Nothilfe für Asylsuchende während und nach negativem Abschluss des Verfahrens. Das Asyl- und Ausländerrecht bleibt allerdings eine menschenrechtlich hoch sensible gesetzgeberische Dauerbaustelle. Wichtig für den Schutz der Menschenrechte waren 2012 auch verschiedene Urteile des Bundesgerichts und des Bundesverwaltungsgerichts, z. B. im Bereich des Asyl- und Ausländerrechts oder zur Freiheit, politische Plakate aushängen zu lassen.

Gleichzeitig sind Menschenrechte in der Schweiz zunehmend umstritten. Von «fremden» Richtern ist die Rede, die Kündigung der EMRK wird in die Diskussion gebracht und die Frage des Umgangs mit menschenrechtswidrigen Initiativen bleibt ungelöst. Auch die Frage, wo wir trotz eines hohen menschenrechtlichen Schutzstandards Nachholbedarf haben, wird höchst kontrovers beurteilt. Diese Tendenzen sind beunruhigend.

In diesem Kontext kann es heilsam und nützlich sein zu wissen, wie wir von aussen gesehen werden. Gelegenheit dazu gab 2012 die sog. Universelle Periodische Überprüfung (UPR) des UNO-Menschenrechtsrates, der sich die Schweiz zum zweiten Mal unterzog. Das Verfahren ermöglicht unserem Land alle viereinhalb Jahre eine Reflexion über Erreichtes, aber auch über Defizite im Bereich der Menschenrechte. Zudem ist es eine Gelegenheit, Probleme anzusprechen und Massnahmen in Bereichen anzugehen, die im politischen und administrativen Alltag keine Priorität besitzen. Schliesslich schafft es – wie die Erfahrungen dieser zweiten UPR-Runde eindeutig gezeigt haben – einen Rahmen für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen im Bereich der Menschenrechtsberichterstattung. Die Überprüfung bestätigte, dass die Schweiz insgesamt einen hohen Stand an Menschenrechtsschutz erreicht

hat, gleichzeitig aber Problemfelder (z. B. bezüglich des Diskriminierungsverbots, aber etwa auch im Bereich polizeilicher Zwangsanwendung) existieren.

Eine besondere Herausforderung sind Menschenrechtsverletzungen im privaten Bereich: Dazu gehören beispielsweise verschiedene Formen der Diskriminierung, Menschenhandel, oder die Mitverantwortung schweizerischer Firmen an menschenrechtswidrigen Praktiken im Ausland; alles Themen, mit welchen das SKMR sich befasst. Zwar sind Private nicht direkt an die Menschenrechte gebunden, diese verpflichten aber den Staat, nicht nur selbst Menschenrechtsverletzungen zu unterlassen, sondern auch (potentielle) Opfer gegen Übergriffe Dritter zu schützen. Vor allem in diesen Bereichen existiert Nachholbedarf. Anfragen für Beratungen an das SKMR von Seiten einzelner Unternehmen sind ein ermutigendes Zeichen, dass das Problembeusstsein auch in Wirtschaftskreisen zunimmt.

Weitere Herausforderungen für die Schweiz sind – wie unsere Arbeit deutlich zeigt – institutioneller Art. Der Föderalismus schafft zwar Raum für Autonomie und Vielfalt und ist damit tendenziell freiheitsfördernd. Gleichzeitig ist das Zusammenwirken von Bund und Kantonen etwa im Rahmen der Staatenberichtsverfahren der UNO und des Europarates nicht immer einfach – ein Problem, bei welchem vor allem der Bund gefordert ist. Und bei der Umsetzung von Empfehlungen kommen die Bundesbehörden in den Bereichen, wo einzelne Kantone untätig bleiben und der Bund mangels Kompetenzen nicht eingreifen kann, unter Druck.

Die Beispiele zeigen, dass es an Herausforderung und Fragen bei der Umsetzung der Menschenrechte auch in den kommenden Jahren nicht fehlen wird. Das SKMR ist bereit, mit Expertise und Fachkompetenz zu praxisorientierten Antworten beizutragen.

MENSCHENRECHTE SCHWEIZ: DIE SICHT VON AUSSEN

2012 wurde die Schweiz zum 2. Mal der Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) des UNO-Menschenrechtsrates unterzogen. Das SKMR hat Behörden und Zivilgesellschaft bei der Vorbereitung unterstützt.

Was ist das UPR-Verfahren?

Die Universelle Periodische Überprüfung (UPR) ist ein Mechanismus des UNO-Menschenrechtsrats. Jeder UNO-Mitgliedstaat hat alle viereinhalb Jahre in einem mehrstündigen interaktiven Dialog Stellung zur Umsetzung der Menschenrechte im eigenen Land zu nehmen. Die anderen UNO-Mitgliederstaaten können dabei Empfehlungen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation im überprüften Land abgeben. Als «peer review» Verfahren – d. h. als Überprüfung unter Gleichgestellten – beruht die UPR auf dem Prinzip, dass alle Staaten am Dialog mitwirken dürfen. Umgekehrt müssen sich alle Staaten einer Beurteilung durch die anderen Staaten unterziehen. Ob ein Staat die gemachten Empfehlungen akzeptiert oder ablehnt, steht ihm frei. Zu den akzeptierten Empfehlungen hat er im nächsten UPR-Zyklus Bericht zu erstatten, wie er diese in der Zwischenzeit umgesetzt hat.

Ist das UPR-Verfahren eine Farce?

Gelegentlich wird Unverständnis geäussert, warum auch «menschenrechtsverachtende Staaten» Empfehlungen an Staaten wie die Schweiz richten dürfen, die über einen guten Menschenrechtsausweis verfügen. Beängtelt wird, dass die kritisierenden Staaten zuerst im eigenen Haus bezüglich der Menschenrechte Ordnung schaffen sollten, bevor sie Zustände ins Visier nehmen, von denen sie keine Ahnung hätten. Auch wird den Empfehlungen verschiedentlich unterstellt, den Staaten würde es mit ihren Anregungen mehr um ihre eigenen aussenpolitischen Interessen gehen als um die tatsächliche Verbesserung der Menschenrechtsslage im überprüften Land. Diese Art von Kritik am UPR-Verfahren ist sehr wohl ernst zu nehmen, muss aber gleichzeitig relativiert werden.

Zweck und Vorteile dieses Verfahrens richtig verstehen

Das UPR-Verfahren ist ein politischer Prozess und keine Beurteilung durch ein Expertengremium. Meist spiegelt sich in den Empfehlungen deshalb auch die Aussenpolitik des empfehlenden Landes. Zweck des UPR-Verfahrens ist ein Dialog zwischen den Staaten auf gleicher Augenhöhe. Das wechselseitige Verfahren wirkt damit dem Vorwurf, nur schwache Staaten des Südens würden bezüglich ihrer Menschenrechtsslage kritisiert, ebenso entgegen wie der Kritik des Kulturimperialismus, wonach die vermeintlich «westlichen» Menschenrechte den nicht-westlichen Staaten einseitig aufgezwungen würden. Jedes Land erhält eine Stimme. Dieses Verfahren bietet deshalb eine einzigartige Chance, den Dialog über Menschenrechte voranzutreiben und den Konsens der Staaten darüber zu verstärken, und damit die Chancen für die Umsetzung der Menschenrechte auf lokaler Ebene zu vergrössern. Im Vergleich zu anderen Instrumenten bietet das UPR-Verfahren also einen grossen Vorteil: Wenn ein Staat zu einem Punkt Kritik an bringt, bringt er damit auch zum Ausdruck, dass er die entsprechenden Werte als universell anerkennt und bereit ist, kritische Empfehlungen zur Menschenrechtsslage im eigenen Land entgegenzunehmen. Einzigartig ist auch die Selbstverpflichtung, welche überprüfte Staaten eingehen, wenn sie Empfehlungen akzeptieren, und die Möglichkeit, in späteren Berichtszyklen die Umsetzung solcher Empfehlungen zu überprüfen.

Das UPR-Verfahren der Schweiz und die Aktivitäten des SKMR

Für die Schweiz fand im Oktober 2012 die zweite Universelle Periodische Überprüfung statt. Es sind 140 (oft gleichartige) Empfehlungen an die Schweiz ergangen, davon hat die Schweiz 99 angenommen und 41 Empfehlungen abgelehnt. Ein wichtiger Teil der Empfehlungen befasste sich mit Aspekten des Rechts auf Gleichheit und Nichtdiskriminierung. So forderten verschiedene Staaten den Erlass einer umfassenden Antidiskriminierungsgesetzgebung, die Prävention und Bekämpfung von Rassismus inkl. entsprechendem Aktionsplan und Gesetzgebung sowie weiterer Massnahmen. In anderen Empfehlungen wurde der Schweiz zu Massnahmen gegen Geschlechterungleichheit im Erwerbsleben oder zur Ratifizierung der UNO-Behindertenrechtskonvention geraten. Aber auch in Bereichen wie Migration, Flüchtlinge und Asylsuchende oder polizeiliche Zwangsanwendung ergingen Empfehlungen an die Schweiz. Zudem wurde von mehreren Staaten die Schaffung einer unabhängigen nationalen Menschenrechtsinstitution in Übereinstimmung mit den Pariser Prinzipien gefordert.

Das UPR-Verfahren der Schweiz war im vergangenen Jahr ein zentrales Arbeitsthema des SKMR. Es führte zahlreiche Aktivitäten und Informationsveranstaltungen durch, um Behörden und die Zivilgesellschaft bei den Vorbereitungen zu unterstützen.

AKTIVITÄTEN

Das SKMR hilft Behörden, Zivilgesellschaft und Wirtschaft bei der Umsetzung der Menschenrechtsverpflichtungen der Schweiz mit Information, Studien, Beratung und Tagungen.

Das UPR-Verfahren und die Aktivitäten des SKMR im Überblick

UPR-Verfahren	Aktivitäten SKMR
12. Juni 2008 / Erstes UPR-Verfahren der Schweiz. Der UNO-Menschenrechtsrat richtet 31 Empfehlungen an die Schweiz, die davon 20 annimmt und 11 Empfehlungen ablehnt.	
	November 2011 / Publikation der Studie «Follow up der UPR-Empfehlungen an die Schweiz». Das SKMR untersucht darin, inwieweit die Schweiz die Empfehlungen des ersten UPR-Verfahrens von 2008 umgesetzt hat.
	24. Januar 2012 / Die Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS) des EDA und das SKMR führen eine <u>Tagung</u> zur Umsetzung der Empfehlungen des ersten UPR-Verfahrens der Schweiz durch. Rund 200 Personen nehmen am Vormittag teil und diskutieren darüber, in welchen Bereichen noch Handlungsbedarf in der Umsetzung besteht. Am Nachmittag findet ein Austausch von Fachpersonen zu einzelnen UPR-Empfehlungen statt.
6. August 2012 / Für das zweite UPR-Verfahren reicht die Schweiz dem UNO-Menschenrechtsrat ihren Staatenbericht ein, in welchen sie zur aktuellen Menschenrechts situation und zur Umsetzung der Empfehlungen aus dem ersten Verfahren Stellung nimmt.	Mai 2012 / Das SKMR wirkt an der vom EDA organisierten <u>Konsultation</u> der Zivilgesellschaft zur zweiten Überprüfung der Schweiz mit.
29. Oktober 2012 / Die Schweizer Delegation nimmt am interaktiven Dialog vor dem UNO-Menschenrechtsrat Stellung.	28. August 2012 / Das SKMR informiert in Genf an der sog. <u>Pre-Session</u> für das UPR-Verfahren interessierte Staaten und NGOs über die Ergebnisse der Umsetzungsstudie. Das SKMR nimmt am Dialog als <u>Beobachterin</u> teil.
31. Oktober 2012 / Der UNO-Menschenrechtsrat veröffentlicht seine Empfehlungen an die Schweiz. Die Schweiz akzeptiert 50 von den 140 Empfehlungen sofort und lehnt 4 unmittelbar ab. Die 86 offen gelassenen Empfehlungen werden vor dem Entscheid im Februar 2013 in Konsultation mit den Kantonen diskutiert.	November–Dezember 2012 / Unter dem Titel «Menschenrechte in der Schweiz – Was ist zu tun?» führt das SKMR in neun Schweizer Städten (Basel, Bern, Fribourg, Genf, Lausanne, Lugano, Neuenburg, Sitten, Zürich) <u>Sensibilisierungsveranstaltungen</u> zu den neuen Empfehlungen des zweiten UPR-Verfahrens durch. Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Kantone, der Städte und der Zivilgesellschaft diskutierten über die Relevanz und den Umgang mit den neusten Empfehlungen. Außerdem erstellt das SKMR zur Übersicht der neuesten Empfehlungen ein <u>Arbeitspapier</u> .
27. Februar 2013 / Der Bundesrat nimmt Stellung zu den 86 vorerst offen gelassenen Empfehlungen.	14. März 2013 / In einem <u>Sondernewsletter</u> kommentieren und interpretieren die SKMR-Themenbereiche eine Auswahl aus den 140 UPR-Empfehlungen.

Was tun wir?

Aufgabe des SKMR ist es, die verschiedenen Menschenrechtsakteure in der Schweiz bei der Umsetzung der internationalen Menschenrechtsverpflichtungen zu stärken und zu unterstützen. Das SKMR bietet dafür individuell angepasste Dienstleistungen und Aktivitäten an:

Dienstleistungen

- Erarbeitung von praxisrelevanten und anwendungsorientierten Studien
- Organisation und Durchführung von Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen
- Erforschung von Wissenslücken
- Informationen über internationale Standards und Best Practices
- Beratung bei internen Prozessen
- Analyse und Übersetzung internationaler Vorgaben für spezifische Kontexte in Verwaltung und Wirtschaft

Zielgruppen

- Bundesverwaltung
- Kantone und interkantonale Konferenzen
- Gemeinden
- private Unternehmen
- Ombudspersonen
- Opferhilfestellen
- private Institutionen/Stiftungen
- Nichtregierungsorganisationen (NGO)
- Universitäten, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen, Schulen
- Medien
- Verbände, Gewerkschaften, Parteien
- weitere interessierte Kreise

SKMR-Newsletter

Das SKMR versendet vier Mal jährlich einen elektronischen kostenlosen Newsletter in deutscher und französischer Sprache. Thematisch gegliedert informiert das SKMR darin über nationale und internationale Entwicklungen in den verschiedenen Menschenrechtsbereichen und beurteilt deren Relevanz für die Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz. Im vergangenen Jahr wurden 108 Artikel im Newsletter publiziert und dabei unter anderem internationale und nationale Gerichtsurteile kommentiert, auf Gesetzgebungsvorhaben eingegangen oder über Entwicklungen in den Kantonen informiert.

Der Newsletter ist für das SKMR zu einem zentralen Instrument geworden, um relevantes Wissen über neue Entwicklungen im Bereich der Menschenrechte zu verbreiten. Im vergangenen Jahr war es uns deshalb ein wichtiges Anliegen, die Praxisrelevanz und die sprachliche Zugänglichkeit des Newsletters zu verbessern. Die deutliche Zunahme des Interesses von Praktikerinnen und Praktikern am Newsletter bestärkt uns im eingeschlagenen Weg. Ende 2012 betrug die Anzahl Abonnentinnen und Abonnenten bereits rund 2500 Personen und die Anzahl Seitenabrufe der Newsletter-Artikel auf der Webseite konnte im letzten Jahr um 24% gesteigert werden.

Der Newsletter in Kürze

- > erscheint 4x pro Jahr
- > auf Deutsch und Französisch (einzelne Beiträge auch in Italienisch)
- > kostenlos zu abonnieren unter www.skmr.ch
- > übersichtlich in sechs Themenbereiche gegliedert
- > kommentiert nationale und internationale Entwicklungen und Rechtsprechung im Menschenrechtsbereich und beurteilt deren Bedeutung für die Praxis in der Schweiz

Publikationen 2012

Die folgenden Publikationen sind im vergangenen Jahr veröffentlicht worden und können auf der Webseite des SKMR (www.skmr.ch) kostenlos bezogen werden:

[Genf oder Strassburg? Die Rechtsprechung des UNO-Menschenrechtsausschusses und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Vergleich](#), Walter Kälin, 9. Januar 2012, S. 46.

Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen in der Rechtsprechung des UNO-Menschenrechtsausschusses und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte? Eine Untersuchung der Rechtsprechungspraxis mit Blick auf eine allfällige Ratifikation des Fakultativprotokolls zum UNO-Pakt II.

[Die Umsetzung internationaler Menschenrechtsempfehlungen im föderalistischen Staat, Perspektiven für das follow-up zu den «Abschliessenden Bemerkungen» der UNO-Vertragsorgane in der Schweiz](#), Andrea Egbuna-Joss/Walter Kälin, 10. Februar 2012, S. 27. Eine Untersuchung, wie in der Schweiz das Berichterstattungsverfahren an die UNO-Menschenrechtsvertragsorgane und die Umsetzung der Empfehlungen verbessert werden kann.

[Die Umsetzung menschenrechtlicher Vorgaben in den Bereichen Freiheitsentzug, Polizei und Justiz in der Schweiz: Eine Analyse der Empfehlungen menschenrechtlicher Überwachungsorgane](#), Jörg Künzli/Anja Eugster/Andreas Kind/Alexander Spring/Evelyne Sturm, 8. März 2012, S. 91.

Eine Analyse zur Umsetzung der internationalen Empfehlungen im Bereich Freiheitsentzug, Polizei und Justiz in der Schweiz.

[Studie zum Follow up zu den UPR-Empfehlungen an die Schweiz](#), SKMR, 17. April 2012, S. 155.

Studie zum gegenwärtigen Stand der Umsetzung der Empfehlungen aus dem ersten UPR-Verfahren der Schweiz 2008.

[Geschlechtsspezifische Verfolgung – Die schweizerische Praxis vor dem Hintergrund der europäischen und globalen Entwicklungen](#), Alberto Achermann/Constantin Hruschka (Hrsg.), Bern 2012, S. 185. Erster Band der Schriftenreiche SKMR/CSDH zu den Entwicklungen in der Schweiz, der EU und global betreffend geschlechtsspezifische Verfolgung im Asylverfahren.

[Die Umsetzung menschenrechtlicher Vorgaben im Bereich Migration in der Schweiz. Eine Analyse der Empfehlungen menschenrechtlicher Überwachungsorgane](#), Fanny Matthey/Silvia Schönenberger/Nicole Wichtmann/Pascal Mahon/Gianni D'Amato, 6. Juli 2012, S. 175.

Eine Untersuchung zur Umsetzung der internationalen Empfehlungen im Bereich Migration in der Schweiz.

[Einführung einer bundesgesetzlichen Meldepflicht für Fachleute bei Verdacht auf sexuelle Gewalt und Übergriffe im Gesundheits-, Heim-, und Erziehungswesen](#), Reto Locher/Stefan Schlegel, 21. August 2012, S. 22.

Studie zu einem geplanten parlamentarischen Vorstoss, ob für die Einführung einer Meldepflicht eine Bundeskompetenz besteht oder ob dafür die Kantone zuständig sind.

[Vereinbarkeit von Nothilfe für Asylsuchende mit Völker- und Verfassungsrecht? Gutachten zur nationalrätslichen Fassung von Art. 82 Abs. 1 Asylgesetz](#), Walter Kälin/Alberto Achermann/Jörg Künzli, 22. August 2012, S. 14.

Beurteilung der Frage, ob es verfassungs- und völkerrechtlich zulässig wäre, Asylsuchenden während der gesamten Verfahrensdauer nur Nothilfe zu leisten.

Zudem hat das SKMR für verschiedene Auftraggeber (Behörden und Firmen) Dienstleistungen erbracht.

Unter anderem betreibt es die Datenbank Gleichstellungsgesetz (www.gleichstellungsgesetz.ch).

Veranstaltungen 2012

Die Veranstaltungen im Einzelnen:

[Follow-up zu den UPR-Empfehlungen an die Schweiz](#), 24. Januar 2012, in Zusammenarbeit mit dem EDA, Abteilung Menschliche Sicherheit (AMS).

Öffentliche Publikumsveranstaltung und thematische Ateliers mit geschlossenem Teilnehmendenkreis zur Umsetzung der Empfehlungen der ersten periodischen Überprüfung der Schweiz im Hinblick auf das zweite UPR-Verfahren.

[CEDAW für die Schweizer Rechtspraxis: So funktioniert! Präsentation des neuen Online-Leitfadens der EKF zur UNO-Frauenrechtskonvention CEDAW](#), 27. Juni 2012, in Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen (EKF). Vorstellung des online verfügbaren Leitfadens für die Verwendung der UNO-Frauenrechtskonvention.

[Ein Jahr Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte: Bilanz aus der Sicht der Zivilgesellschaft](#), 24. August 2012, organisiert von humanrights.ch/MERS. Tagung zu den Erwartungen und Bedürfnissen der Zivilgesellschaft an das SKMR.

[Roundtable-Gespräche der Themenbereiche Migration \(23. August 2012 in Neuenburg\), Geschlechterpolitik \(28. August 2012 in Bern\) und Kinder- und Jugendpolitik \(30. August 2012 in Bern\)](#). Gespräche mit interessierten Fachkreisen zur Studie «Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz» (Publikation 2013).

[Droits de l'enfant et secteur privé: amener les États et les entreprises à remplir leur obligations](#), vom 14.-17. Oktober 2012, in Zusammenarbeit mit der Internationalen Juristikkommission (ICJ) und dem Kompetenzzentrum Menschenrechte der Universität Zürich (MRZ).

Mehr tägige Tagung mit Vertreterinnen und Vertreter von Staaten, internationalen Organisationen, NGOs und Unternehmen zum Einfluss von Unternehmen auf die Kinderrechte.

[Menschenrechte in der Schweiz – Was ist zu tun?](#), November bis Dezember 2012, Sensibilisierungsveranstaltung in neun Schweizer Städten.

Öffentliche Podiumsdiskussionen mit Vertreterinnen und Vertreter der Kantone, der Städte und der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der Empfehlungen des zweiten UPR-Verfahrens der Schweiz.

[Roundtable zu Erkenntnissen aus nationaler und internationaler Rechtsprechung zur gerichtlichen Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten](#), 20. November 2012, in Zusammenarbeit mit der Académie de droit international humanitaire et de droits humains (ADH) und unterstützt durch die Schweizerische Vereinigung der Richterinnen und Richter.

Austausch zur Frage der Justizierbarkeit von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten.

[Transmensen in der Schweiz \(Menschen-\) Rechtliche Fragen zur Geschlechtsidentität: Selbstbestimmung oder Bevormundung?](#), 23. November 2012; in Zusammenarbeit mit dem Transgender Network Switzerland (TGNS).

Fachtagung zu Fragen um die Rechtslage-betreffend Namensänderungen, der Anwendbarkeit des Gleichstellungsgesetzes und zu krankenversicherungsrechtlichen Fragen bei medizinischen Geschlechtsangleichungen.

[Die Umsetzung der Kinderrechte in der Schweiz aus der Sicht des neuen Staatenberichts und des NGO-Berichts](#), 14. Dezember 2012.

Tagung zum aktuellen Staatenbericht und dem NGO-Bericht mit Behörden, Fachperso-nen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Die Veranstaltungen des SKMR in Zahlen:

Ganz- oder mehrtägige Tagungen: 5

Workshops/Roundtable-Gespräche: 5

Podiumsdiskussionen: 9

Darüber hinaus haben die Mitarbeitenden des SKMR zahlreiche externe Vorträge gehalten.

MENSCHEN-HANDEL: MODERNE SKLAVEREI IN DER SCHWEIZ

Zwangsprostitution, wirtschaftliche Ausbeutung und Gewalt sind traurige Realität für Frauen, die im Sexgewerbe tätig sind. Ihre Zahl und Situation ist weitgehend unbekannt. Eine Studie des SKMR zeigt, wie sich Licht in dieses «Dunkelfeld» bringen lässt.

Menschenhandel in der Schweiz

Unlängst hat sich ein Gericht in Biel mit einem Fall von Menschenhandel beschäftigt: Ein Ausländer soll zahlreiche von ihm abhängige Frauen an Etablissements in der ganzen Schweiz vermittelt haben. Laut der Anklageschrift verlangte er von den Frauen, an sechs oder sieben Tagen pro Woche bis zu elf Stunden zu arbeiten. Die als «Touristinnen» eingereisten Frauen habe er mit Hilfe von Landsleuten ständig überwacht, sie mit Gebühren und Bussen finanziell unter Druck gehalten und einige von ihnen auch bedroht und geschlagen. Auch Gäste seines Etablissements soll der trainierte Boxer teilweise massiv angegriffen haben.

Ungenügendes Wissen über Fakten und Ausmass des Menschenhandels

Die Menschenrechtskonventionen verpflichten die Schweiz, Opfern solcher Praktiken Schutz zu gewähren und die Verantwortlichen strafrechtlich zu belangen. Menschenhandel spielt sich jedoch im Dunkel der Illegalität ab. Aus Angst vor Repressalien krimineller Organisationen oder Ausschaffung in den Herkunftsstaat wagen es die Opfer oft nicht, sich an die Behörden zu wenden. Daher ist eine wirksame Bekämpfung des Menschenhandelns nur möglich, wenn die Behörden über gesichertes Wissen verfügen und umfassende Kenntnis der tatsächlichen Situation haben. Solches Wissen ist in der Schweiz allerdings nach wie vor begrenzt und ungenügend um gegen diese Form moderner Sklaverei konsistent und faktenbasiert vorgehen zu können. Eine Machbarkeitsstudie des SKMR will eruieren, inwieweit die

Möglichkeit besteht, Ausmass und Eigenschaften des «Dunkelfelds» hinsichtlich des Menschenhandels in der Schweiz zu erforschen. Die Machbarkeitsstudie wurde in drei Etappen durchgeführt: In einer Literaturübersicht galt es, die wissenschaftliche Literatur zum Menschenhandel im schweizerischen Kontext aufzuarbeiten, um den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Kenntnisse in dieser Frage besser beurteilen zu können. Auch haben wir uns auf die nationale und internationale Literatur gestützt, um die geeigneten methodischen Instrumente zu identifizieren, die es erlauben, in Zukunft die noch verborgenen Realitäten besser untersuchen zu können. Zweitens wurden Interviews mit Expertinnen und Experten unterschiedlicher Bereiche durchgeführt (beispielsweise mit Vertretern/innen von Bundesämttern, Gewerkschaftern/innen, Kriminologen/innen sowie mit Expertinnen und Experten aus internationalen Organisationen). Die Absicht dabei war, bestehende Erfahrungen abzurufen und auf diese Weise realistische Einschätzungen über den Menschenhandel in der Schweiz zu gewinnen. Drittens hat die Studie Datenmaterial des Bundesamtes für Statistik und die Ergebnisse einer Umfrage bei relevanten Akteuren auf kantonaler und eidgeñoisser Bundesebene ausgewertet. Die Wahl des Brennpunktkantons fiel auf Genf, weil dies der einzige Kanton ist, bei dem nach unserem Kenntnisstand für alle drei Formen des Menschenhandels (sexuelle Ausbeutung, Ausbeutung der Arbeitskraft und die Entnahme von Körperorganen) mindestens jeweils ein Fall aktenkundig ist.

Notwendigkeit weiterer Untersuchung

Die Ergebnisse dieser Recherchen ermöglichen uns, drei Forschungsansätze vorzuschlagen, welche kombiniert zu einem besseren Kenntnisstand im Bereich Menschenhandel beitragen können:

- Studie A, eine qualitative Untersuchung, möchte den Menschenhandel im Hinblick auf die sexuelle Ausbeutung im Prostitutionsmilieu analysieren. Um diese Untersuchung durchzuführen, schlagen wir vor, die offiziellen Statistiken des Bundes zu konsultieren, Urteile kantonaler Gerichte zu analysieren und zur besseren Einordnung dieser Analysen Interviews mit Expertinnen und Experten durchzuführen.
- Studie B wird in zwei Teile mit quantitativer Ausrichtung aufgeteilt. Die erste Teilstudie möchte das Risiko des Menschenhandels je nach Art der Etablissements, die entweder eine offene oder versteckte Prostitution betreiben, besser abschätzen können. Sie soll mittels einer Umfrage bei den Geschäftsführern dieser Etablissements an Zahlen kommen. Der zweite Teil will mit Hilfe der sog. Capture-recapture-Methode verborgene Phänomene im öffentlichen Raum abschätzen. Die Antworten, die mit diesem Verfahren gewonnen werden, erlauben es, Profile von Strassenprostituierten zu erstellen, die besonders vulnerabel und möglicherweise einem höheren Risiko in Bezug auf den Menschenhandel ausgesetzt sind.
- Die Studie C möchte mit einem qualitativen Ansatz jene Merkmale ausleuchten, welche die Ausbeutung von Arbeitskräften im Sinne des Menschenhandels betreffen. Zunächst werden auf der Ebene der Rechtsprechung Fälle untersucht, in denen die Arbeitsbedingungen von Klägern auffallend unwürdig sind. Eine Umfrage bei den kantonalen Arbeitsinspektoren soll diese ersten

VERNETZUNG

Als Pilotprojekt des Bundes hat das SKMR die Aufgabe, seine Arbeit mittels Kontakten und Besuchen breit abzustützen.

Ergebnisse abrunden. Diese werden ergänzt mit Informationen von Schlüsselinformanten, die über Detailkenntnisse verfügen. Am Schluss der Studie diskutiert eine Fokusgruppe aus Expertinnen und Experten die Ergebnisse Studie die Ergebnisse der verschiedenen Forschungsansätze.

Methodische Grenzen bei der Erforschung des Menschenhandels

Die Machbarkeitsstudie kommt zum Schluss, dass der Facettenreichtum des Phänomens Menschenhandel es schwer macht, alle Dimensionen des Menschenhandels zu erforschen. Außerdem ist es nicht möglich, das allgemeine Ausmass des Menschenhandels in der Schweiz in seinen drei Ausprägungen verlässlich zu kalkulieren. Dies wäre nur über eine empirisch gestützte Schätzung möglich, welche die verschiedenen Dimensionen des Menschenhandels berücksichtigt und aufgeschlüsselt nach Kantonen angegangen müsste. Da außerdem qualitative Bestandsaufnahmen unerlässlich sind, eignet sich lediglich der Menschenhandel im Zusammenhang mit der sexuellen Ausbeutung für eine solche Untersuchung. Der Menschenhandel zwecks Ausbeutung von Arbeitskräften bzw. der Entnahme von Körperorganen muss zunächst über qualitative Verfahren erforscht werden, um diese beiden Phänomene besser einschätzen zu können. Trotz solcher Grenzen ist die Erforschung des «Dunkelfelds» nötig, damit der Menschenhandel wirksamer angegangen und die Menschenrechte von Opfern besser geschützt werden können.

Das SKMR will Behörden und weitere Akteure bei der Umsetzung der internationalen Menschenrechtsverpflichtungen in der Schweiz unterstützen und steht ihnen beratend zur Verfügung. Ein zentraler Aspekt in den Aktivitäten des SKMR bildet deshalb die Vernetzungsarbeit, mit welcher das SKMR über seine Dienstleistungen informiert, aber auch verschiedene Akteure zusammenführt und damit den Austausch zu aktuellen Menschenrechtsthemen in der Schweiz fördern will.

Im vergangenen Jahr fanden zahlreiche Kontakte und Besuche statt. Zu den Gesprächspartnern zählten:

- die Bundesverwaltung: Das SKMR konnte die Kontakte mit der Bundesverwaltung in Treffen mit verschiedenen Bundesämtern weiter vertiefen. Darüber hinaus konnten für die einzelnen Studien des Leistungsauftrages des Bundes Begleitgruppen etabliert werden.
- die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF): Das SKMR konnte sich an der EKF-Plenarversammlung präsentieren.
- die Kantone: Das SKMR hatte die Möglichkeit, seine Dienstleistungen in den Kantonen Zürich, Bern, Basel und Genf vorzustellen und mit den zuständigen Stellen allfällige Bedürfnisse zu diskutieren.
- die Zivilgesellschaft: Die NGOs spielen eine zentrale Rolle in der Beziehung zwischen dem SKMR und der Zivilgesellschaft. Verschiedene Kontakte erlaubten es, diese Beziehungen zu vertiefen. Dazu gehörten insbesondere der Besuch bei Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration FIZ in Zürich und die NGO-Tagung am 24. August 2012.
- Die Wirtschaft: Das SKMR stand im intensiven Dialog mit Unternehmen und Wirtschaftsverbänden und wirkte bei der Abklärung unternehmens- und branchenspezifischer Fragen aktiv mit.

FINANZEN

Bundesgelder und Einnahmen aus Aufträgen

Wie wird das SKMR finanziert? Für die Dauer des Pilotprojektes erhält das SKMR eine jährliche Grundfinanzierung des Bundes, die vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) getragen wird. Die Grundfinanzierung beträgt pro Jahr 1 000 000 CHF abzüglich rund 8% Mehrwertsteuer.

Für diese Grundfinanzierung erbringt das SKMR dem Bund im Rahmen einer jährlichen Leistungsvereinbarung Dienstleistungen in Form von Studien, Veranstaltungen und Informationsarbeit. Darüber hinaus erhält das SKMR Mandate von öffentlichen Behörden, NGOs und der Privatwirtschaft. Insgesamt erhielt das SKMR

2012 Drittaufträge im Umfang von 93 295 CHF. Die Universitätskantone des Netzwerkes stellen die Infrastruktur zur Verfügung und beteiligten sich z.T. an der Aufbauphase mit einer Anschubfinanzierung. So trägt etwa das Institut für öffentliches Recht der Universität Bern das Projekt «Accès à la justice» die Personalkosten für die Projektleitung im Umfang von 39 050 CHF.

Erläuterungen zur Jahresrechnung:

Der Bundesbeitrag betrug 2012 nach Abzug der Mehrwertsteuer 925 925.94 CHF. Zusätzlich bewilligte der Bund nachträglich dem SKMR, die Vorfinanzierung aus dem Bundesbeitrag 2011 auf das Folgejahr zu übertragen. Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, dass die Leistungsvereinbarung 2011 zwischen dem Bund und SKMR erst im Juni 2011 vereinbart werden konnte. Dies hatte zur Folge, dass verschiedene darin enthaltene Aufträge aus zeitlichen Gründen erst 2012 fertiggestellt werden konnten. Die anderen Beiträge umfassen Rückrstattungen aus den Sozialversicherungen. Die Ausgaben umfassen den Personalaufwand der Geschäftsstelle sowie den Personalaufwand der Partnerinstitutionen und die allgemeinen Betriebskosten (Sachaufwand).

Die Erfolgsrechnung für den Bundesbeitrag 2012

Erfolgsrechnung	1. Januar bis 31. Dezember 2012
	CHF
Bundesbeitrag (nach Abzug MWSt)	925 925.94
Bewilligter Bundesbeitrag aus 2011	140 658.31
Andere Beiträge	24 831.13
	1 091 415.38
Personalaufwand Geschäftsstelle	- 331 034.10
Personalaufwand Partner	- 610 929.69
Sachaufwand	- 112 760.20
Finanzaufwand	0.00
	36 691.39
Vorfinanzierung Bund	- 36 691.39
	0.00

AUSBLICK

Ziele und Herausforderungen für 2013

Rückblickend hat das SKMR die meisten seiner Ziele für das zweite Jahr seiner Tätigkeit erfolgreich erfüllt. In der kurzen Zeit, seit das SKMR operativ ist, hat das Zentrum sich als äusserst leistungsfähig gezeigt. Die Liste von Studien, Gutachten und Tagungen ist bis Ende 2012 bereits lang geworden. Der Kreis der Auftraggeber wurde zudem erweitert und die Anzahl Aufträge von Dritten erhöht. Ausserdem wurden in Partnerschaft mit anderen Institutionen zahlreiche Veranstaltungen durchgeführt.

Für das Jahr 2013 konnte das SKMR mit verschiedenen Auftraggebern bereits eine Vielzahl von Studien und anderen Aktivitäten zu allen Themenbereichen vereinbaren. Es wird ein intensives Arbeitsjahr, das uns die Chance bietet, die Leistungsfähigkeit des Zentrums und seine breitgefächerte Expertise unter Beweis zu stellen. Für das SKMR wird es auch zukünftig zentral sein, mit praxisorientiertem Wissen und konkreten Beiträgen zur Umsetzung der Menschenrechte beizutragen. Ein wichtiger Schritt dazu wird die im Sommer 2013 vorgesehene Publikation seiner eigenen Studie zur Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz sein. In sechs Teilbänden nimmt das SKMR eine Standortbestimmung zur Umsetzung der an die Schweiz gerichteten internationalen Empfehlungen und Entscheide vor. Die Studie will die wichtigsten Brennpunkte der schweizerischen Menschenrechtspolitik hervorheben und soll es dem SKMR erlauben, eigene thematische Schwerpunkte strategisch zu definieren.

Ein wichtiges Ziel für das Zentrum im dritten Jahr seiner Existenz wird es aber auch sein, sich noch stärker dafür einzusetzen, Aufträge von Dritten zu erwerben und weitere Zusammenarbeitspartner zu finden. Das Zentrum will sich dabei vermehrt als Institution mit eigenständigem Profil etablieren.

Was die interne Arbeit des SKMR anbelangt, wird das Zentrum weiter daraufhin arbeiten, Wege zu finden, mit der derzeit noch unausgeglichenen Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Themenbereichen umzugehen.

Das ganze SKMR-Team freut sich auf ein herausforderndes neues Jahr.

Das SKMR: Ein Pilotprojekt

Das SKMR ist ein vom Bundesrat bis Ende 2015 angelegtes Pilotprojekt. Nach einer Evaluation 2015 wird der Bund prüfen, ob das Zentrum in eine unabhängige nationale Menschenrechtsinstitution umgewandelt werden soll, die den international gültigen «Pariser Prinzipien» entspricht.

Januar 2010 / Ausschreibung durch den Bund

14. März 2011 / Rahmenvereinbarung zwischen dem Bund und dem SKMR

6. Mai 2011 / Eröffnungsveranstaltung

Mai bis Dezember 2011 / Aufbau des Zentrums und Veröffentlichung der ersten Studien

ab Januar 2012 / Operative Phase

2015 / Evaluation durch den Bund und Entscheid des Bundesrates über die Zukunft des SKMR

Dezember 2015 / Voraussichtliches Ende der Pilotphase

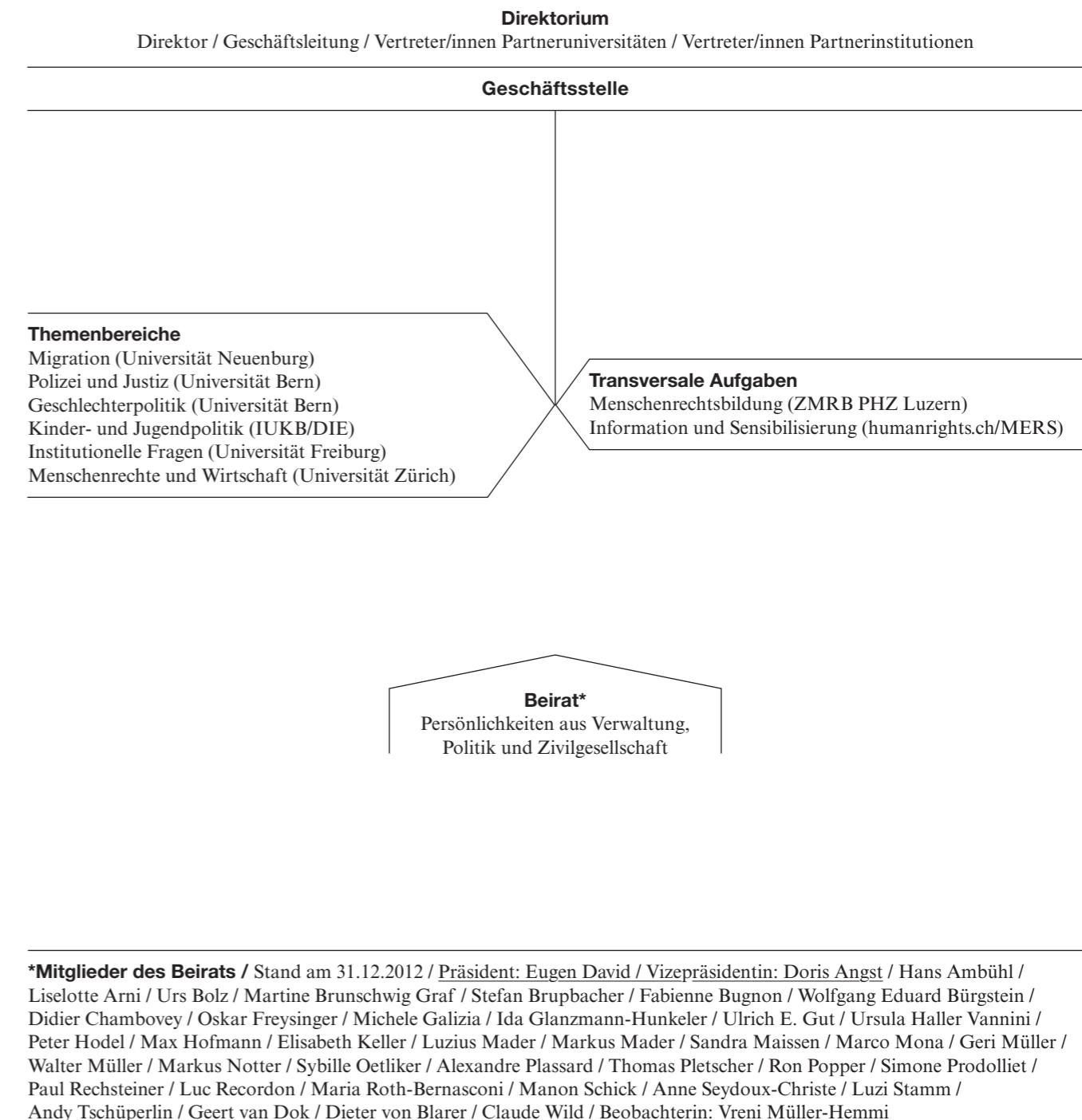
STRUKTUR

Ein Netzwerk bestehender Universitätsinstitute und weiterer Partner.

Das SKMR ist ein Netzwerk der Universitäten Bern, Freiburg, Neuenburg und Zürich sowie des Instituts Universitaire Kurt Bösch (IUKB), des Zentrums für Menschenrechtsbildung (ZMRB) der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz Luzern (PHZ) und des Vereins [humanrights.ch/MERS](#). Vertreter/innen dieser Partnuniversitäten bzw. -institution bilden zusammen mit dem Direktor, Prof. Walter Kälin, das 12-köpfige Direktorium. Das Direktorium nimmt die Gesamtaufsicht des SKMR war und ist für die Qualität der Arbeit, das Arbeitsprogramm und das Budget verantwortlich. In Fragen der strategischen Ausrichtung wird das SKMR zudem von einem Beirat beraten, der zu diesem Zweck Empfehlungen an das Direktorium abgeben kann. Der Beirat setzt sich aus Vertretern/innen der Verwaltung, der Politik und der Zivilgesellschaft zusammen.

Die Mitarbeitenden des SKMR verteilen sich auf die verschiedenen Standorte der beteiligten Universitäten bzw. Partnerinstitutionen. Im vergangenen Jahr waren rund 30 Personen in Teilzeitarbeit für das SKMR tätig. In den Themenbereichen sind die Mitglieder des Direktoriums als Themenbereichsleitung und wissenschaftliche Mitarbeitende tätig. Die Mitglieder des Direktoriums wirken trotz teilweise erheblicher Arbeitspensen ehrenamtlich.

Die Geschäftsstelle, die als «Guichet Unique» die einheitliche Ansprechstelle für die Entgegennahme von Anfragen und Mandaten ist, setzte sich 2012 aus dem Direktor, Prof. Walter Kälin, der Geschäftsführerin, Frau Anne Grethe Nielsen, und einer wissenschaftlichen Mitarbeiterin, einer Praktikantin/Übersetzerin sowie einer Mitarbeiterin für finanzielle Angelegenheiten zusammen. Insgesamt umfasste die Geschäftsstelle (max.) 260% Stellenprozente. Das SKMR bedauert, dass die bisherige Geschäftsführerin das Zentrum auf Ende Jahr verlassen hat. Frau Nielsen leistete wertvolle Aufbauarbeit, für die ihr das SKMR und die Mitarbeitenden sehr dankbar sind. In Folge des Stellenwechsels hat sich das Direktorium entschieden die Funktion der Geschäftsführung ab 2013 neu mit zwei Co-Geschäftsführerinnen mit je 50% Stellenprozent zu besetzen. Diese Stelle haben per 1. März 2013 Frau Evelyne Sturm (Dienstleistungen und Vernetzung) und Frau Serap Akgül-Dermibas (Operatives) angetreten.



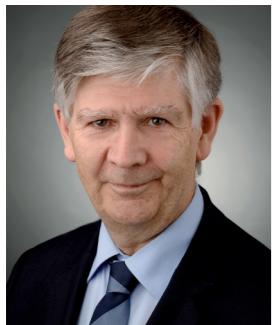
RAPPORT ANNUEL

2012

Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH)

AVANT-PROPOS

Avec de nombreuses activités, le CSDH a entamé en 2012 sa phase opérationnelle dans le contexte des défis actuels en matière de mise en œuvre des droits humains en Suisse: tour d'horizon.



Walter Kälin
Directeur du CSDH

Chères lectrices, chers lecteurs

Le Centre suisse de compétence pour les droits humains (CSDH) – constitué d'un réseau de différents instituts universitaires de Suisse alémanique et romande – a été créé en tant que projet pilote par le Conseil fédéral en 2011. Le présent rapport pour l'année 2012 est le premier de ce genre par le biais duquel le CSDH informe le public sur son activité. Suite à une première phase de lancement, le CSDH est aujourd'hui pleinement opérationnel et déploie une multitude d'activités.

Le rôle du CSDH est de renforcer et de soutenir, par le biais d'études, de consultations, d'information et d'évènements les compétences nécessaires à la mise en œuvre des obligations internationales de la Suisse en matière de droits humains à tous les niveaux de notre appareil étatique, au sein de la société civile et dans l'économie. Il a également pour tâche d'encourager le débat public et citoyen sur les droits humains. La Confédération a attribué ce mandat au CSDH en regard de l'importance majeure que représentent les droits humains pour la Suisse.

En effet, les droits humains internationaux sont significatifs pour notre pays. Comme le montre la large concordance des droits fondamentaux avec la CEDH et les conventions de l'ONU, les droits humains reflètent les valeurs fondamentales de notre régime constitutionnel au niveau international. C'est la raison pour laquelle la Suisse s'engage activement pour un renforcement

mondial des droits humains et une amélioration de la situation des droits humains dans d'autre pays. Ceci assure non seulement la cohérence entre la politique intérieure et la politique extérieure, renforçant de cette manière la crédibilité d'un pays et de sa tradition humanitaire sur la scène internationale, mais sert également d'importants intérêts propres tels que: une politique des droits humains équivaut à une politique de sécurité et de paix, tandis que les conflisations violentes et la guerre civile trouvent leur cause dans la répression et le mépris des droits fondamentaux, notamment; une politique des droits humains équivaut à une politique extérieure en matière d'économie, tandis que des comportements inadmissibles du point de vue des droits humains de la part d'entreprises suisses à l'étranger ont pour conséquence une détérioration de la réputation de l'État et de son économie, par exemple.

La concrétisation de la liberté et de l'égalité sur le plan national est une préoccupation et une aspiration pour beaucoup de personnes dans notre pays. Ceci a des retombées dans l'activité du législateur. Ainsi, le 15 juin 2012, l'Assemblée fédérale a adopté la loi sur les mesures de lutte contre les mariages forcés et de nouvelles dispositions sur l'interdiction de l'excision forcée de jeunes filles ou de femmes sont entrées en vigueur. L'aménagement de dispositions en matière de droit d'asile conformes aux droits humains pour une aide sociale et une aide d'urgence

pour les requérants et requérantes d'asile pendant et après une décision négative de la procédure a fait l'objet de débats difficiles mais a finalement été couronné de succès. L'asile et le droit d'asile restent néanmoins un chantier législatif permanent et extrêmement sensible du point de vue des droits humains. Différents arrêts du Tribunal fédéral et du Tribunal administratif fédéral ont revêtu une importance du point de vue des droits humains en 2012.

Parallèlement à cela, les droits humains en Suisse sont de plus en plus contestés. On parle notamment de juges «étrangers» ou du retrait de la CEDH tandis la question du traitement d'initiatives qui vont à l'encontre des droits humains reste sans solution. La question de savoir où la Suisse – malgré un standard élevé en matière de droits humains – a des lacunes à combler est évalué de manière très controversée. Cette tendance est inquiétante.

Dans ce contexte, il peut être salutaire et utile de savoir comment nous sommes vus de l'extérieur. Une telle opportunité a été offerte en 2012 par le dit Examen périodique universel (EPU) du Conseil des droits de l'homme de l'ONU. La Suisse s'est soumise pour la seconde fois à cette procédure au cours de l'année passée. L'EPU permet à notre pays de se consacrer à une réflexion sur ce qui a été atteint mais également sur les failles qui subsistent dans le domaine des droits humains au niveau national. Elle offre, de plus, l'occasion d'aborder des problèmes et de mettre en œuvre des mesures qui n'ont pas de priorité dans le quotidien politique et administratif. Enfin, comme l'a montré clairement l'expérience de ce deuxième examen, la procédure de l'EPU fournit le cadre pour une meilleure collaboration entre la Confédération et les cantons dans les rapports à rédiger. L'examen confirme que la Suisse dispose, dans l'ensemble, d'un standard des droits humains élevé. En même temps, il démontre que des domaines problématiques existent en

Suisse (par exemple en ce qui concerne l'interdiction de la discrimination ou pour ce qui est de l'emploi de la contrainte par les forces de police).

Les violations de droits humains dans le domaine privé représentent un défi particulier: différentes formes de discrimination, la traite d'êtres humains ou la co-responsabilité d'entreprises suisses dans des pratiques contraires aux droits humains à l'étranger en font partie. Bien que les personnes privées ne soient pas directement liées aux droits humains, elles obligent néanmoins l'État à ne pas commettre de violations des droits humains et à protéger les victimes (potentielles) face à des abus de tiers. C'est dans ces domaines, particulièrement, qu'il existe des lacunes à combler. Les demandes de consultations et de conseils d'entreprises individuelles adressées au CSDH constituent des signes encourageant quant à une prise de conscience croissante de ces problématiques dans les milieux économiques.

Comme le montre notre travail, d'autres enjeux majeurs en Suisse sont de nature institutionnelle. Le fédéralisme créé un espace pour l'autonomie et la diversité et tend ainsi à favoriser la liberté. Cependant, la coopération entre la Confédération et les cantons, notamment dans le cadre de l'élaboration de rapports établis pour l'ONU et le Conseil de l'Europe, n'est pas toujours aisée. Ce problème met avant tout à l'épreuve la Confédération. Les autorités fédérales se trouvent sous pression au moment de la mise en œuvre de recommandations dans les domaines dans lesquels elle ne peut intervenir, faute de compétence, et dans lesquels certains cantons restent inactifs.

Ces exemples démontrent que les défis et les questions lors de la mise en œuvre des droits humains ne viendront pas à manquer dans les prochaines années. Le CSDH est prêt à contribuer à la formulation de réponses orientées vers la pratique avec expertises et compétence professionnelle.

LES DROITS HUMAINS ET LA SUISSE VUS DE L'EXTÉRIEUR

En 2012, la Suisse s'est soumise pour la seconde fois à l'Examen périodique universel (EPU) du Conseil des droits de l'homme de l'ONU. Le CSDH a soutenu les autorités et la société civile dans les préparatifs.

Qu'est-ce que la procédure de l'EPU?

L'Examen périodique universel (EPU) est un mécanisme du Conseil des droits de l'homme de l'ONU. Chaque État-membre de l'ONU doit, tous les quatre ans et demi, prendre position dans un dialogue interactif de plusieurs heures sur la mise en œuvre des droits humains dans son propre pays. Les autres États-membres peuvent, au cours de ce dialogue, émettre des recommandations pour l'amélioration de la situation des droits humains dans le pays soumis à l'examen. En tant que procédure «peer-review» – c'est-à-dire en tant que révision entre égaux – l'EPU s'appuie sur le principe de la possibilité de participation de tous les États au dialogue. Inversement, tous les États se trouvent dans l'obligation de se soumettre à une évaluation par les autres États. Il revient ensuite à chaque État de décider s'il accepte ou refuse les recommandations reçues.

Lors du prochain cycle de l'EPU, il devra rendre compte de la manière dont il a mis en œuvre les recommandations qu'il a acceptées.

La procédure de l'EPU est-elle une farce?

De temps à autre, une certaine incompréhension est manifestée quant à la raison pour laquelle des États tels que la Suisse, qui disposent d'un standard élevé en matière de droits humains, se laisse critiquer par des États «méprisant les droits humains». On déplore notamment que les États émettant des critiques ne s'attendent pas à établir une meilleure situation des droits humains chez eux, avant de prendre pour cible la situation en Suisse dont ils ignorent tout. On reproche, d'autre part, régulièrement qu'au travers des recommandations les États cherchent avant tout à servir leurs propres intérêts de politique extérieure plutôt que de vérita-

blement ambitionner une amélioration des conditions des droits humains dans le pays en question. Ce genre de critiques doit être pris au sérieux tout en les relativisant.

Mieux comprendre le but et les avantages de la procédure

La procédure de l'EPU est un procédé politique et non pas une évaluation par une commission d'experts. Souvent, les recommandations sont le reflet de la politique extérieure du pays duquel elles émanent. L'objectif de la procédure de l'EPU est bien le dialogue d'égal à égal entre les États. La procédure, dans laquelle chaque État est à tour de rôle examiné et examinateur, contrecarre le reproche selon lequel seuls les États plus faibles, dits du sud, seraient critiqués quant à leur situation des droits humains. Elle contre également la critique de l'imperialisme culturel, selon laquelle les dits droits humains «occidentaux» auraient été imposés unilatéralement aux États «non-occidentaux». Chaque État obtient une voix. La procédure offre donc une opportunité unique de faire avancer le dialogue sur les droits humains et de renforcer le consensus des États à leurs propos. De cette façon, les possibilités d'une meilleure mise en œuvre des droits humains au niveau local sont augmentées. En comparaison avec d'autres instruments, la procédure de l'EPU présente un autre avantage : lorsqu'un État soulève un point critique, il exprime ainsi le fait qu'il connaît les valeurs en question comme étant universelles et se montre prêt à recevoir les recommandations critiques sur la situation des droits humains dans son propre pays. L'engagement que les États examinés s'imposent à eux-mêmes lorsqu'ils acceptent les recommandations ainsi que la possibilité de contrôler la mise en œuvre des recommandations lors des prochains

cycles de la procédure, constituent d'autres éléments qui font de l'EPU une procédure unique.

La procédure de l'EPU de la Suisse et les activités du CSDH

En octobre 2012, la Suisse s'est soumise pour la deuxième fois à l'Examen périodique universel. Au total, 140 recommandations (souvent du même ordre) ont été émises à l'adresse de la Suisse. De l'ensemble de ces recommandations, la Suisse en a accepté 99 et refusé 41. Une partie importante des recommandations s'attachait à différents aspects du droit à la justice et à la non-discrimination. Ainsi, plusieurs États ont exigé l'établissement d'une loi générale contre la discrimination, la prévention et la lutte contre le racisme y inclus un plan d'action et une loi ainsi que d'autres mesures. Dans d'autres recommandations il a été conseillé à la Suisse de mettre en place des mesures contre l'inégalité entre les genres dans la vie active ou de ratifier la convention de l'ONU relative aux droits des personnes handicapées. D'autres thématiques, tels que la migration, les personnes réfugiées et les personnes requérantes d'asile ou l'emploi de la contrainte par les forces de police ont également été évoquées dans les recommandations. D'autre part, différents États ont suggéré la création d'une institution des droits humains qui soit indépendante et qui réponde aux Principes de Paris.

La procédure de l'EPU a été centrale dans le travail du CSDH au cours de l'année passée. Le CSDH a organisé de nombreuses activités et événements d'information afin de soutenir les autorités et la société civile dans la préparation à l'examen.

ACTIVITÉS

Par ses conseils, la réalisation d'études et de colloques, le CSDH renforce et soutient les autorités, la société civile et l'économie dans la mise en œuvre des obligations de la Suisse en matière de droits humains.

Vue d'ensemble sur la procédure de l'EPU et sur les activités du CSDH

Procédure de l'EPU	Activités du CSDH
12 juin 2008 / premier EPU de la Suisse. Le Conseil des droits de l'homme de l'ONU adresse 31 recommandations à la Suisse. Celle-ci en accepte 20 et en refuse 11.	
	Novembre 2011 / Publication de l' «Étude sur le suivi des recommandations adressées à la Suisse dans le cadre de l'Examen périodique universel du Conseil des droits de l'homme de l'ONU ». Dans cette étude, le CSDH analyse de quelle manière les recommandations reçues lors du premier EPU ont été mises en œuvre.
	24 janvier 2012 / La Division Sécurité humaine du DFAE et le CSDH organisent un colloque sur la mise en œuvre des recommandations reçues lors du premier EPU. Durant la matinée, près de 200 personnes participent au colloque afin de discuter dans quels domaines subsiste un besoin d'action pour la mise en œuvre. Au cours de l'après-midi ont lieu des discussions d'échange entre professionnels sur des recommandations spécifiques.
6 août 2012 / La Suisse remet son rapport au Conseil des droits de l'homme de l'ONU pour le second EPU. Elle y prend position face à la situation actuelle en matière des droits humains ainsi que face à l'état de la mise en œuvre des recommandations de la première procédure de l'EPU.	Mai 2012 / Le CSDH participe à la consultation avec la société civile organisée par le DFAE sur la deuxième procédure de l'EPU.
29 octobre 2012 / la délégation suisse prend position lors du dialogue interactif devant le Conseil des droits de l'homme de l'ONU.	28 août 2012 / Lors de la dite pré-session pour la procédure de l'EPU à Genève, le CSDH informe les États intéressés ainsi que les ONG sur les résultats de son étude sur la mise en œuvre. Le CSDH participe au dialogue en tant qu' observateur .
31 octobre 2012 / Le Conseil des droits de l'homme rend publiques ses recommandations à la Suisse. La Suisse accepte 50 des 140 recommandations et en refuse 4 sur le champ. Les 86 recommandations restées en suspens sont discutées en consultation avec les cantons avant la décision communiquée en février 2013.	Novembre-décembre 2012 / Sous le titre «Les droits humains en Suisse – Que reste-t-il à faire?» le CSDH organise des événements de sensibilisation sur les recommandations issues du deuxième EPU dans 9 villes suisses (Bâle, Berne, Fribourg, Genève, Lausanne, Lugano, Neuchâtel, Sion, Zurich). Des représentantes et représentants des cantons, des villes ainsi que de la société civile discutent de l'importance des nouvelles recommandations et de la façon dont elles doivent être abordées. Le CSDH produit, de plus, un document de travail qui présente une vue d'ensemble sur les nouvelles recommandations.
27 février 2013 / le Conseil fédéral prend position face aux 86 recommandations restées en suspens jusqu'ici.	14 mars 2013 / Dans une Newsletter spéciale , les domaines thématiques du CSDH interprètent et commentent quelques-unes des 140 recommandations reçues lors de l'EPU.
14 mars 2013 / Le Conseil des droits de l'homme de l'ONU vote son rapport final et prend connaissance des 99 recommandations acceptées et des 41 recommandations refusées par la Suisse.	

Que faisons-nous?

Le CSDH soutient et renforce tous les acteurs mettant en œuvre les obligations internationales de la Suisse en matière de droits humains. À cet effet, le CSDH offre des prestations de service et des activités adaptées individuellement:

Les prestations de service

- Études pertinentes pour la pratique et orientées vers la mise en œuvre
- Organisation et réalisation de formations initiales et/ou continues
- Études visant à combler des lacunes de connaissance dans le domaine en question
- Information sur les standards internationaux et les «bonnes pratiques»
- Conseil au niveau des processus internes
- Analyse et traduction de directives internationales pour des contextes spécifiques d'entreprise et de l'administration

Les groupes cibles

- Administration fédérale
- Cantons et conférences intercantonaux
- Communes
- Entreprises privées
- Services de médiation
- Services d'aide aux victimes
- Institutions/fondations privées
- Organisations non gouvernementales (ONG)
- Universités, Hautes écoles spécialisées, Hautes écoles pédagogiques, écoles
- Médias
- Associations professionnelles, syndicats, partis
- Autres milieux intéressés

Newsletter du CSDH

Le CSDH publie quatre fois par an une newsletter [en français et en allemand](#). Celle-ci aborde, de manière thématique, les évolutions internationales en matière de droits humains, leur signification pour la Suisse et les enjeux de leur mise en œuvre au niveau national.

Au cours de l'année passée, 108 articles ont été publiés dans la newsletter, commentant notamment des arrêts de tribunaux internationaux et nationaux, des projets législatifs et informant sur les évolutions dans les cantons.

La newsletter constitue, aujourd'hui, un instrument central dans la diffusion de connaissances sur les évolutions récentes dans le domaine des droits humains. C'est la raison pour laquelle, un des objectifs essentiels de l'année passée a été de rendre la newsletter d'avantage accessible du point de vue du langage et d'augmenter sa pertinence pour la pratique. La nette augmentation de l'intérêt pour la newsletter de personnes engagées dans la pratique nous a conforté dans cette entreprise. Fin 2012, la newsletter du CSDH comptait près de 2500 personnes abonnées et le nombre de [consultations](#) des articles de la newsletter a augmenté de 24%.

La Newsletter en bref

- > paraît 4x par an
- > en allemand et en français (certains articles paraissent aussi en italien)
- > gratuite
- > peut être abonnée sur www.csdh.ch
- > organisées de manière claire en six domaines thématiques
- > commente les évolutions nationales et internationales ainsi que la jurisprudence dans le domaine des droits humains et évalue leur importance au niveau de la pratique en Suisse

Publications 2012

Les publications suivantes ont parues au cours de l'année passée et peuvent être téléchargées gratuitement via le site internet du CSDH (www.csdh.ch):

Genève ou Strasbourg? Comparaison entre la jurisprudence du Comité des droits de l'homme de l'ONU et celle de la Cour européenne des droits de l'homme, Walter Kälin, 9 janvier 2012, 59 p.

Quels points communs et quelles divergences entre la jurisprudence du Comité des droits de l'homme de l'ONU et celle de la Cour européenne des droits de l'homme? Étude mettant en perspective la pratique de la jurisprudence en regard d'une éventuelle ratification par la Suisse du Protocole facultatif se rapportant au Pacte II de l'ONU.

Mise en œuvre des recommandations internationales en matière de droits humains au sein d'un État fédéral. Perspectives concernant le suivi des «Observations finales» formulées par les organes de traités de l'ONU en Suisse, Andrea Egbuna-Joss/Walter Kälin, 10 février 2012, 26 p.

Analyse des possibilités d'améliorer, en Suisse, les procédures d'élaboration des rapports éta- tiques pour les organes des traités de l'ONU et la mise en œuvre des recommandations.

Mise en œuvre de conditions conformes aux droits humains dans les domaines de la déten- tion, de la police et de la justice en Suisse. Analyse des recommandations des organes de traités, Jörg Künzli/Anja Eugster/Andreas Kind/ Alexander Spring/Evelyne Sturm, 8. Mars 2012, 91 p.

Analyse de la mise en œuvre des recommandations internationales dans les domaines de la privation de liberté, de la police et de la justice en Suisse.

Étude sur le suivi des recommandations adressées à la Suisse dans le cadre de l'Examen périodique universel du Conseil des droits de l'homme de l'ONU, 17 avril 2012, 155 p. Étude sur l'état actuel de la mise en œuvre des recommandations issues de la procédure de l'EPU de la Suisse en 2008.

Persécutions liées au genre. La pratique suisse au regard des évolutions européennes et globales, Alberto Achermann/Constantin Hruschka (Hrsg.), Bern 2012, 185 p. Premier tome de la collection SKMR/CSDH sur les évolutions en Suisse, dans l'Union européenne et au niveau global en matière de persécutions liées au genre dans les procédures d'asile.

Mise en œuvre de conditions conformes aux droits humains dans le domaine de la migration en Suisse. Analyse des recommandations des organes de traité, Fanny Matthey/Silvia Schönenberger/Nicole Wichmann/Pascal Mahon/Gianni D'Amato, 6 juillet 2012, 175 p. Analyse de la mise en œuvre des recommandations internationales dans le domaine de la migration en Suisse.

Introduction d'une législation fédérale sur l'obligation d'aviser pour les personnes travaillant dans le domaine de la santé, de l'éducation et dans les foyers lorsque de la violence sexuelle ou une agression sexuelle est suspectée, Reto Locher/Stefan Schlegel, 21 août 2012, 22 p. Étude en vue d'une intervention parlementaire sur la question si la Confédération dispose de la compétence du point de vue du droit constitutionnel pour introduire une obligation d'aviser ou si une telle introduction tombe sous la responsabilité des cantons.

L'aide d'urgence pour les requérants d'asile: compatible avec le droit constitutionnel et le droit international? Analyse de la version de l'Art. 82, al.1 de la Loi sur l'asile votée par le Conseil national, Walter Kälin/Alberto Achermann/Jörg Künzli, 22 août 2012, 14p.

Expertise jugeant si le fait de fournir seulement l'aide d'urgence aux requérants d'asile durant l'ensemble de la procédure d'asile serait permis ou non par le droit international et le droit constitutionnel.

Outre les publications listées ci-dessus, le CSDH a fourni des prestations pour plusieurs mandants (autorités et entreprises). Il entretient et gère notamment la base de données sur la loi fédérale sur l'égalité, Gleichstellungsgesetz (www.gleichstellungsgesetz.ch).

Evènements 2012

Les événements en détail:

EPU: Suivi des recommandations faites à la Suisse, 24 janvier 2012, en collaboration avec le DFAE, Division Sécurité humaine. Colloque ouvert au public et ateliers thématiques sur la mise en œuvre des recommandations issues du premier EPU de la Suisse et en vue de la seconde procédure en octobre 2012.

Guide de la CEDEF pour la pratique juridique suisse: mode d'emploi. Présentation du nouveau guide en ligne de la CFQF consacré à l'utilisation en Suisse de la Convention de l'ONU sur les droits des femmes CEDEF, 27 juin 2012, en collaboration avec la Commission fédérale pour les questions féminines (CFQF). Présentation du guide accessible en ligne pour l'emploi de la Convention de l'ONU sur les droits des femmes.

Ein Jahr Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte: Bilanz aus der Sicht der Zivilgesellschaft, 24 août 2012, organisé par humanrights.ch/MERS.

Colloque se consacrant aux attentes et aux besoins de la société civile face au CSDH.

Tables rondes des domaines thématiques Migration (23 août 2012 à Neuchâtel) et Politique de l'enfance et de la jeunesse (30 août 2012 à Berne). Discussion avec les cercles professionnels intéressés sur l'étude «Mise en œuvre des droits humains en Suisse» (publication 2013).

Droits de l'enfant et secteur privé: amener les États et les entreprises à remplir leurs obligations, du 14 au 17 octobre 2012, en collaboration avec la Commission internationale des juristes (ICJ) et Kompetenzzentrum Menschenrechte der Universität Zürich (MRZ). Colloque de plusieurs jours sur l'influence d'entreprises sur les droits de l'enfant; avec la participation de représentants et représentantes d'États, d'organisations internationales, d'ONG et d'entreprises.

Droits humains en Suisse: que reste-t-il à faire? Novembre à décembre 2012, événements de sensibilisation dans neuf villes suisses. Panels de discussion ouverts au public avec la participation de représentantes et représentants des cantons, des villes et de la société civile sur la mise en œuvre des recommandations du deuxième EPU de la Suisse.

Roundtable zu Erkenntnissen aus nationaler und internationaler Rechtsprechung zur gerichtlichen Auseinandersetzung mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten, 20 novembre 2012, en collaboration avec l'Académie de droit international humanitaire et de droits humains (AdH) et soutenu par l'association suisse des Magistrats de l'ordre judiciaire.

Discussions d'échange sur la question de la justiciabilité des droits économiques, sociaux et culturels.

Personnes trans* en Suisse. Questions de droits (humains) en matière d'identité de genre: Autodétermination ou tutelle? 23 novembre 2012; en collaboration avec Transgender Network Switzerland (TGNS). Colloque traitant de la situation juridique actuelle pour le changement officiel du nom, de l'applicabilité de la loi sur l'égalité et de questions légales sur les assurances maladies lors d'un ajustement médical du genre.

Application des droits de l'enfant en Suisse à la lumière du rapport officiel et du rapport alternatif, 14 décembre 2012.

Colloque sur le rapport étatique actuel et sur le rapport des ONG; avec la participation des autorités, de l'économie, de la société civile et de personnes spécialisées dans le domaine.

Les évènements du CSDH en chiffres:

Colloques d'un à plusieurs jours: 5

Workshops/tables rondes: 5

Panels de discussion: 9

Les collaboratrices et collaborateurs du CSDH ont fait de nombreuses présentations en plus de ces évènements.

LA TRAITE D'ÊTRES HUMAINS: ESCLAVAGISME MODERNE EN SUISSE

Prostitution forcée, exploitation économique et violence sont une triste réalité pour certaines femmes actives dans le commerce du sexe. Le nombre réel des victimes est largement inconnu. Une étude du CSDH montre comment éclairer cette «zone d'ombre».

La traite d'êtres humains en Suisse

Récemment, un tribunal biennois s'est penché sur un cas de traite d'êtres humains: un étranger aurait placé, dans des établissements dans toute la Suisse, de nombreuses femmes dépendantes de lui. Selon l'acte d'accusation, il exigeait des femmes de travailler jusqu'à onze heures par jour durant six à sept jours par semaine. Les femmes, arrivées en Suisse en tant que «touristes» auraient été surveillées par l'homme, avec l'aide de compatriotes, et mises sous pression financière par le biais de taxes et d'amendes. Certaines auraient, de plus, été menacées et frappées. L'homme, un boxeur entraîné, aurait également attaqué violemment certains hôtes de son établissement.

Un savoir insuffisant sur les faits et l'ampleur de la traite d'êtres humains

La Convention des droits de l'homme oblige la Suisse à assurer la protection de victimes de telles pratiques et de punir, par des sanctions pénales, les personnes qui en sont responsables. Cependant, la traite d'êtres humains se déroule dans l'ombre de l'illégalité. Par peur des représailles des organisations criminelles ou craignant le renvoi dans le pays d'origine, souvent les victimes n'osent pas s'adresser aux autorités. De ce fait, une lutte efficace contre la traite d'êtres humains n'est possible que si les autorités disposent d'un savoir certain et de connaissances étendues sur la situation réelle. En Suisse, un tel savoir reste limité et insuffisant pour procéder de manière cohérente et effective contre cette forme d'esclavagisme moderne. Une étude de faisabilité du CSDH vise à clarifier dans quelle mesure il est possible

d'enquêter sur l'ampleur et les caractéristiques de cette «zone d'ombre» de la traite d'êtres humains en Suisse. L'étude de faisabilité a été réalisée en trois étapes: la première consiste, d'une part, en une revue de la littérature nationale. Elle vise à répertorier l'état actuel des connaissances qualitatives en matière de traite d'êtres humains en Suisse, sous ses trois formes connues; c'est-à-dire l'exploitation sexuelle, l'exploitation de la force de travail et le prélèvement d'organes. D'autre part, il s'agit lors de cette première étape de prendre connaissance de la littérature nationale et internationale pour mettre en lumière différentes approches méthodologiques qui sont choisies dans l'étude de phénomènes complexes et cachés. Pour la seconde étape de l'étude, des entretiens avec des personnes expertes issues de différents domaines ont été menés (par exemple avec des représentantes et des représentants des offices fédéraux et de syndicats, avec des criminologues ainsi qu'avec des personnes expertes d'organisations internationales). L'objectif de cette démarche est de faire appel à l'expérience existante et de parvenir ainsi à une évaluation réaliste de la traite d'êtres humains en Suisse. Dans un troisième temps, l'étude analyse les données de l'Office fédéral de la statistique et les résultats d'un sondage mené auprès d'acteurs importants au niveau cantonal et fédéral. Le choix du canton central pour l'étude s'est porté sur Genève, ce dernier étant le seul canton dans lequel, d'après nos connaissances, au moins un cas pour chaque forme de traite d'êtres humains a été annoncé (exploitation sexuelle, exploitation de la force de travail et prélèvement d'organes).

La nécessité d'une enquête

Les résultats de l'étude de faisabilité nous permettent de formuler trois projets de recherche qui, combinées, pourraient mener à un meilleur savoir sur le domaine de la traite d'être humains:

- L'étude A, une enquête qualitative, cherche à analyser la traite d'êtres humains en regard de l'exploitation sexuelle dans le milieu de la prostitution. Pour réaliser cette enquête, nous proposons de consulter les statistiques officielles de la Confédération, d'analyser les arrêts de tribunaux cantonaux et de mener des entretiens avec les personnes expertes dans le domaine afin de mieux situer les analyses.
- L'étude B est subdivisée en deux parties avec une orientation quantitative. La première étude partielle vise à mieux évaluer le risque de traite d'êtres humains selon le type d'établissement, selon s'il pratique une prostitution ouverte ou cachée. Les chiffres pour l'étude sont obtenus par le biais de sondages auprès des gérants d'établissements. La seconde étude partielle s'efforce d'évaluer des phénomènes dissimulés dans l'espace public grâce à la dite méthode Capture-recapture. Les résultats obtenus par cette procédure permettent d'identifier des profils-type de personnes travaillant dans la prostitution de rue, celles-ci étant particulièrement vulnérables et probablement soumises à un risque plus élevé face à la traite d'êtres humains.
- Par une approche qualitative, l'étude C vise à éclairer les caractéristiques de la traite d'êtres humains à des fins d'exploitation de la force de travail. La méthodologie proposée dans cette étude consiste tout d'abord à consulter la jurisprudence des tribunaux civils sur des cas où les conditions de travail de l'employé plaignant sont particulièrement indignes. Afin de compléter ces résultats, un questionnaire en ligne sera envoyé à des inspecteurs canto-

RÉSEAUTAGE

En tant que projet pilote de la Confédération, le CSDH est chargé d'étayer son travail par des contacts et des visites.

naux du travail et enrichi par les informations obtenues par le biais d'informateurs-clés disposant de connaissances détaillées. L'étude se clôt par la mise en place d'un focus groupe d'experts et d'expertes afin de discuter de ses axes de recherche et de ses résultats.

Limites méthodologiques dans la recherche sur la traite d'êtres humains

L'étude de faisabilité conclu que les multiples facettes de la traite d'êtres humains rend difficile l'analyse du phénomène dans toutes ses dimensions. Il est, par ailleurs, impossible de sonder de manière fiable l'ampleur générale de la traite d'êtres humains sous ses trois formes. Seule une estimation empirique, segmentée par forme et par canton, peut essayer d'y prétendre. De plus, comme il est nécessaire d'avoir un bon état des lieux (analyse qualitative) d'un phénomène avant de pouvoir le mesurer quantitativement, l'exploitation sexuelle dans le milieu prostitutionnel est la seule forme qui puisse s'y apprêter. La traite d'êtres humains à des fins d'exploitation de la force de travail et de prélèvement d'organes nécessite d'abord d'être étudiée par une approche qualitative afin de cerner ces deux phénomènes. Malgré ces limites, une étude de la «zone d'ombre» est nécessaire afin de pouvoir lutter de manière plus efficace contre la traite d'êtres humains et pour que les droits humains des victimes puissent être protégés.

Le CSDH a pour ambition de soutenir et de conseiller les autorités et d'autres acteurs dans leur mise en œuvre des obligations internationales en matière de droits humains en Suisse. Par conséquent, le travail de réseautage constitue un aspect central parmi les activités du CSDH. Par ce biais, il informe non seulement sur les prestations qu'il offre mais souhaite également encourager la rencontre et l'échange entre différents acteurs sur les thématiques actuelles dans le domaine des droits humains.

Au cours de l'année passée, de nombreuses prises de contact et visites ont eu lieu. Notamment:

- L'administration fédérale: le CSDH a pu approfondir le contact avec l'administration fédérale par la rencontre avec différents offices fédéraux. De plus, des groupes d'accompagnent pour certaines études comprises dans le contrat de prestation ont pu être mis en place.
- La Commission fédérale pour les questions féminines (CFQF): Le CSDH a pu se présenter à l'assemblée plénière.
- Les cantons: Le CSDH a eu la possibilité de présenter ses prestations dans les cantons de Zurich, Berne, Bâle et Genève et de discuter avec les services de leurs éventuels besoins.
- La société civile: les ONG jouent un rôle central dans la relation entre le CSDH et la société civile. Différents contacts ont permis d'approfondir ce lien, entre autres, la visite au Centre d'assistance aux migrantes et aux victimes de la traite des femmes FIZ à Zurich et le colloque des ONG du 24 août 2012.
- L'économie: Le CSDH a été engagé dans un dialogue intense avec les entreprises et les associations économiques. Il a, par ailleurs, collaboré à différentes enquêtes sur des questions spécifiques liées aux entreprises ou à la branche.

FINANCES

Fonds fédéraux et recettes par mandats

Comment le CSDH est-il financé? Pour la durée du projet pilote, le CSDH obtient un financement de base de la Confédération porté par le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) et le Département fédéral de justice et police (DFJP). Le financement de base s'élève par année à 1 000 000 CHF avant déduction de la TVA (environ 8%).

En contrepartie de ce financement, le CSDH fourni à la Confédération des prestations sous forme d'études, d'évènements ou d'un travail d'information définies annuellement dans le cadre d'un contrat de prestations. En plus de cela, le CSDH reçoit des mandats par des autorités publiques, des ONG ou du secteur de l'économie privée. Les mandats de tiers représentaient pour le CSDH en 2012 un total de près

de 93 295 CHF. Les cantons universitaires du réseau du CSDH mettent à disposition l'infrastructure et, pour certains, ont participé par un financement incitatif lors de la phase de lancement du Centre. L'Institut de droit public de l'Université de Berne supporte ainsi les frais de personnel lié à la direction du projet «Accès à la justice» pour un montant de 39 050 CHF.

Explications des comptes annuels:

Le montant du financement de la Confédération s'élevait en 2012, après déduction de la taxe sur la valeur ajoutée, à 925 925.94 CHF. La Confédération a concédé ultérieurement au CSDH de pouvoir reporter le financement préalable du montant versé par la Confédération en 2011 sur l'année suivante. Il a ainsi été pris en compte que le contrat de prestations 2011 entre la Confédération et le CSDH n'a pu être conclu qu'en juin 2011. Ceci a eu pour conséquence que différents mandats qui étaient contenus dans le contrat 2011 n'ont pu être terminés qu'en 2012 pour des questions de temps. Les autres contributions comprennent les remboursements d'assurances sociales.

Les dépenses englobent les frais de personnel du Secrétariat général, celles des institutions partenaires ainsi que les frais de fonctionnement généraux (frais de matériel).

Comptes de résultat pour le financement de la Confédération 2012

Comptes de résultat	1er janvier 2012–31 décembre 2012
	CHF
Financement de la Conf. (après déduction de la TVA)	925 925.94
Financement accordée par la Conf. de 2011	140 658.31
Autres contributions	24 831.13
	1091 415.38
Frais de personnel du Secrétariat général	-331 034.10
Frais de personnel des partenaires	-610 929.69
Frais de matériel	-112 760.20
Charge financière	0.00
	36 691.39
Financement préalable de la Conf.	-36 691.39
	0.00

PERSPECTIVE

Objectifs et défis pour 2013

Rétrospectivement, le CSDH a atteint avec succès la majorité des objectifs fixés pour sa deuxième année d'activité. Dans le court laps de temps durant lequel le CSDH a été opérationnel, il s'est montré très performant. La liste des études, d'expertises et de colloques réalisés jusqu'à fin 2012 est longue. De plus, le cercle des mandants a été élargi et le nombre de mandats tiers a augmenté. Enfin, de nombreux événements ont pu être organisés en collaboration avec d'autres institutions.

Pour l'année 2013, le CSDH a d'ores et déjà pu planifier une multitude d'études et d'autres activités dans tous les domaines thématiques avec différents mandants. L'année à venir sera une année de travail intense et l'occasion de prouver l'efficacité du Centre et son expertise. Il restera central pour le CSDH de pouvoir apporter un savoir orienté vers la pratique et de fournir des contributions concrètes pour la mise en œuvre des droits humains. La publication, en été 2013, d'une étude initiée par le Centre sur la Mise en œuvre des droits humains en Suisse constituera un pas important dans cette direction. Dans six tomes, le CSDH y procèdera à un état des lieux de la mise en œuvre des recommandations et des décisions internationales adressées à la Suisse. L'étude visera à mettre en évidence les aspects actuels et cruciaux dans la politique suisse en matière de droits humains. Cette démarche permettra également au CSDH de définir stratégiquement ses propres thématiques principales.

Un autre objectif crucial pour le Centre au cours de sa troisième année d'existence, sera de renforcer ses efforts pour l'acquisition de mandats tiers ainsi que pour trouver d'autres partenaires de travail. Le CSDH souhaite ainsi s'établir d'avantage comme étant une institution avec un profile autonome.

En ce qui concerne le travail interne du CSDH, le Centre maintiendra ses efforts pour trouver une solution au déséquilibre dans la répartition de la charge de travail entre ses différents domaines thématiques.

L'équipe du CSDH se réjouit des nouveaux défis qui l'attendent en 2013.

Le CSDH: un projet pilote

Le CSDH est un projet pilote créé par le Conseil fédéral qui dure jusqu'en 2015. Suite à une évaluation qui aura lieu en 2015, la Confédération examinera si le Centre doit être transformé en une institution nationale des droits humains indépendante et qui corresponde aux «Principes de Paris».

Janvier 2010 / Mise au concours du projet par la Confédération

14 mars 2011 / Accord-cadre entre la Confédération et le CSDH

6 mai 2011 / Cérémonie d'ouverture

Mai – décembre 2011 / Mise en place du Centre et publication des premières études

Dès janvier 2012 / Phase opérationnelle

2015 / Évaluation par la Confédération et décision du Conseil fédéral sur l'avenir du CSDH

Décembre 2015 / Fin prévue de la phase pilote

STRUCTURE

Un réseau constitué d'instituts universitaires et d'autres partenaires.

Le CSDH est un réseau constitué par les Universités de Berne, Fribourg, Neuchâtel et Zurich ainsi que par l'Institut Universitaire Kurt Bösch (IUKB), le Centre pour la formation en droits humains (ZMRB) de la Haute école pédagogique de Suisse Centrale à Lucerne (PHZ Lucerne) et l'association humanrights.ch/MERS.

Les représentantes et représentants de ces Universités et institutions partenaires constituent avec le directeur, le Prof. Walter Kälin, les 12 membres du directoire. Le directoire assume la supervision du CSDH et porte la responsabilité pour la qualité du travail fourni, pour le programme de travail ainsi que pour le budget. Le CSDH est conseillé dans son orientation stratégique par un Conseil consultatif qui peut adresser des recommandations au directoire. Le Conseil consultatif est composé de représentantes et représentants du milieu politique et de la société civile.

Les collaboratrices et collaborateurs du CSDH sont répartis dans les différents emplacements des Universités et institutions partenaires. Au cours de l'année passée, près de 30 personnes ont été actives à temps partiel pour le CSDH. Dans les domaines thématiques travaillent des collaboratrices et des collaborateurs scientifiques ainsi que les membres du directoire en tant que directrices et directeurs des domaines. Malgré leur charge de travail parfois considérable, les membres du directoire exercent leur activité bénévolement.

Le Secrétariat général, fonctionne comme «guichet unique» pour la réception de demandes et de mandats. Il se constituait, en 2012, du directeur, Prof. Walter Kälin, de la directrice administrative, Madame Anne Grethe Nielsen ainsi que d'une collaboratrice scientifique, d'une stagiaire/traductrice et d'une collaboratrice responsable des aspects financiers.

Dans l'ensemble, le Secrétariat général comprenait un taux d'activité de 260% (max.). Le CSDH regrette que la directrice administrative ait quitté le Centre pour la fin de l'année 2012. Madame Nielsen a fourni un précieux travail durant la phase de lancement du CSDH. Tout le CSDH ainsi que ses collaboratrice et collaborateurs lui en sont très reconnaissants. Suite à ce changement, le directoire a décidé de partager la fonction de direction administrative entre deux co-directrices administratives avec un taux d'occupation de 50% chacune. Depuis le 1^{er} mars 2013, ces fonctions sont assurées par Madame Evelyne Sturm (prestations de service et réseautage) et Madame Akgül-Demirbas (aspects opérationnels).

Directoire
Directeur / Direction administrative / Représentant-e-s des Universités partenaires / Représentant-e-s des institutions partenaires

Secrétariat général

Domaines thématiques
Migration (Université de Neuchâtel)
Police et justice (Université de Berne)
Politique genre (Université de Berne)
Politique de l'enfance et de la jeunesse (IUKB/IDE)
Questions institutionnelles (Université de Fribourg)
Droits humains et économie (Université de Zurich)

Tâches transversales
Formation aux droits humains (ZMRB PHZ Luzern)
Information et sensibilisation (humanrights.ch/MERS)

Conseil consultatif*
Personnalités issues des autorités, du milieu politique et de la société civile

***Membres du Conseil consultatif / État au 31.12.2012** / Président: Eugen David / Vice-présidente: Doris Angst / Hans Ambühl / Liselotte Arni / Urs Bolz / Martine Brunschwig Graf / Stefan Bruppacher / Fabienne Bugnon / Wolfgang Eduard Bürgstein / Didier Chambovey / Oskar Freysinger / Michele Galizia / Ida Glanzmann-Hunkeler / Ulrich E. Gut / Ursula Haller Vannini / Peter Hodel / Max Hofmann / Elisabeth Keller / Luzius Mader / Markus Mader / Sandra Maissen / Marco Mona / Geri Müller / Walter Müller / Markus Notter / Sybille Oetliker / Alexandre Plassard / Thomas Pletscher / Ron Popper / Simone Prodollet / Paul Rechsteiner / Luc Recordon / Maria Roth-Bernasconi / Manon Schick / Anne Seydoux-Christe / Luzi Stamm / Andy Tschüperlin / Geert van Dok / Dieter von Blarer / Claude Wild / Observatrice: Vreni Müller-Hemmi

RAPPORTO ANNUALE

2012

Centro svizzero di competenza per i diritti umani (CSDU)

PREFAZIONE

Il presente rapporto offre una panoramica delle numerose attività con cui nel 2012 il CSDU ha iniziato la sua fase operativa nel contesto delle attuali sfide legate all'applicazione dei diritti dell'uomo in Svizzera.



Walter Kälin
Direttore CSDU

Care lettrici, cari lettori,

il Centro svizzero di competenza per i diritti umani (CSDU), una rete di vari istituti universitari della Svizzera tedesca e della Svizzera romanda, è stato istituito nel 2011 come progetto pilota su mandato della Confederazione per una durata di cinque anni. Il presente rapporto per l'anno 2012 è il primo con il quale il CSDU informa un pubblico più largo sul suo operato. Dopo la fase di allestimento dello scorso anno, il CSDU è ora pienamente operativo e si occupa di varie attività.

Il compito del CSDU è quello di rafforzare, attraverso studi, attività di consulenza, informazioni e manifestazioni, le competenze necessarie all'attuazione degli obblighi internazionali della Svizzera in materia di diritti dell'uomo a tutti i livelli governativi, nella società civile e nell'economia, nonché di promuovere il dibattito pubblico sui diritti dell'uomo. La Confederazione ha conferito questo mandato al CSDU consapevole della grande importanza dei diritti dell'uomo per la Svizzera.

I diritti dell'uomo internazionali sono importanti per il nostro Paese. Come dimostrano le numerose analogie tra i diritti fondamentali sanciti dalla Costituzione federale da un lato e la CEDU e le Convenzioni dell'ONU dall'altro, essi riflettono infatti i valori fondamentali del nostro ordinamento costituzionale a livello internazionale. Per questo la Svizzera si impegna atti-

vamente a favore del rafforzamento dei diritti dell'uomo nel mondo e del miglioramento della situazione in tale ambito. Questo impegno internazionale a favore dei diritti dell'uomo non solo garantisce coerenza tra la politica interna ed estera del nostro Paese, rafforzando la sua credibilità e la sua tradizione umanitaria sul piano internazionale, ma serve anche a tutelare importanti interessi della Svizzera stessa: la politica dei diritti dell'uomo è una politica di sicurezza e di pace là dove le rivoluzioni violente e le guerre civili trovano origine nella repressione e nella negazione dei diritti fondamentali, è una politica estera in materia di asilo là dove le violazioni dei diritti dell'uomo e i crimini di guerra portano interi popoli a fuggire ed è una politica economica estera là dove la violazione dei diritti dell'uomo da parte di imprese svizzere all'estero causa un danno d'immagine al Paese e all'economia.

A livello nazionale, per molte persone nel nostro Paese libertà e uguaglianza sono valori importanti, che si riflettono anche sull'operato del legislatore. In quest'ottica, il 15 giugno 2012 l'Assemblea federale ha approvato la legge federale sulle misure contro i matrimoni forzati ed il 1° luglio 2013 sono entrate in vigore le nuove disposizioni sul divieto di mutilazioni genitali su bambine e donne. Difficile ma efficace è stato il dibattito volto a impostare in modo conforme ai diritti dell'uomo le disposizioni sul diritto

d'asilo concernenti l'aiuto sociale e il soccorso d'emergenza per i richiedenti l'asilo durante e dopo una procedura conclusasi con decisione negativa. Il diritto in materia di asilo e di stranieri rimane tuttavia un cantiere legislativo sempre aperto nonché altamente sensibile dal punto di vista dei diritti dell'uomo. Importanti ai fini della tutela dei diritti dell'uomo sono state anche varie sentenze pronunciate nel 2012 dal Tribunale federale e dal Tribunale amministrativo federale, per esempio sul diritto in materia di asilo e di stranieri o sulla libertà di affissione di manifesti a carattere politico.

Contemporaneamente, i diritti dell'uomo in Svizzera sono sempre più oggetto di discussione. Si parla di giudici «stranieri» e di recedere dalla CEDU, mentre resta irrisolta la questione di come gestire le iniziative che violano i diritti dell'uomo. Estremamente controverso è anche il dibattito sull'eventuale necessità di adeguare i nostri standard di tutela dei diritti dell'uomo, nonostante siano già elevati. Tutto ciò desta preoccupazione.

In questo contesto può essere vantaggioso e utile sapere come siamo visti dall'esterno. L'occasione è nata dall'Esame periodico universale (EPU) del Consiglio dei diritti dell'uomo dell'ONU, al quale la Svizzera si è sottoposta per la seconda volta nel 2012. La procedura consente al nostro Paese di passare in rassegna ogni quattro anni e mezzo non solo gli obiettivi raggiunti, ma anche le lacune in materia di diritti dell'uomo. È inoltre un'opportunità per affrontare i problemi e per vagliare misure in settori che nella quotidianità politica e amministrativa non rappresentano una priorità. Infine, come dimostrano chiaramente le esperienze maturate nell'ambito del secondo esame, questa procedura costituisce una base per migliorare la collaborazione tra Confederazione e Cantoni per quanto concerne l'allestimento di rapporti sullo stato dei diritti dell'uomo. L'esame ha confermato che, nel complesso, la Svizzera ha raggiunto un

alto livello di tutela dei diritti dell'uomo, nonostante esistano ancora settori problematici (p.es. riguardo al divieto di discriminazione o nell'ambito della coercizione di polizia).

Una particolare sfida è rappresentata dalle violazioni dei diritti dell'uomo all'interno della sfera privata, tra cui figurano per esempio varie forme di discriminazione nonché la tratta di esseri umani o la corresponsabilità di imprese svizzere in pratiche che violano i diritti dell'uomo all'estero: tutti temi di cui si occupa il CSDU. Benché i privati non siano vincolati direttamente al rispetto dei diritti dell'uomo, lo Stato ha l'obbligo non solo di non commettere esso stesso violazioni dei diritti dell'uomo, ma anche di proteggere le (potenziali) vittime contro eventuali aggressioni da parte di terzi. Soprattutto in questi ambiti esistono lacune da colmare. Le richieste di consulenza che il CSDU ha ricevuto da singole imprese sono un segnale incoraggiante che indica una presa di coscienza anche da parte dell'economia.

Ulteriori sfide per la Svizzera sono di carattere istituzionale, come dimostra chiaramente il nostro lavoro. Il federalismo lascia spazio all'autonomia e alla diversità, e favorisce quindi tenacemente la libertà, ma la cooperazione tra Confederazione e Cantoni per quanto riguarda i rapporti nazionali sullo stato dei diritti dell'uomo all'attenzione dell'ONU e del Consiglio d'Europa non è sempre facile. Si tratta di un problema per il quale è chiamata a intervenire soprattutto la Confederazione. Anche a livello di attuazione delle raccomandazioni, le autorità federali sono sotto pressione negli ambiti in cui i Cantoni non intervengono e la Confederazione non può agire per mancanza di competenze.

Come si può intuire da questi esempi, anche nei prossimi anni i diritti dell'uomo rappresenteranno sfide e problemi da risolvere. Il CSDU, grazie alla sua esperienza e alla sua competenza specialistica, è pronto a contribuire all'elaborazione di risposte pragmatiche.

DIRITTI DELL'UOMO IN SVIZZERA: LO SGUARDO DEGLI ALTRI

Nel 2012 la Svizzera è stata sottoposta per la seconda volta all'Esame periodico universale (EPU) del Consiglio dei diritti dell'uomo dell'ONU. Il CSDU ha coadiuvato autorità e società civile nei lavori preparatori.

In che cosa consiste l'EPU?

L'Esame periodico universale (EPU) è un meccanismo di controllo del Consiglio dei diritti dell'uomo dell'ONU. Ogni quattro anni e mezzo gli Stati membri dell'ONU devono prendere posizione, nell'ambito di un dialogo interattivo della durata di diverse ore, in merito all'attuazione dei diritti dell'uomo sul loro territorio. In tale sede, gli altri Stati membri possono presentare raccomandazioni volte a migliorare la situazione dei diritti dell'uomo nel Paese in esame. In quanto processo di revisione paritaria («peer review»), l'esame si basa sul principio secondo cui tutti gli Stati possono contribuire al dialogo. Allo stesso tempo, tutti gli Stati devono sottoporsi al giudizio degli altri membri. Ogni Stato è libero di accettare o respingere le raccomandazioni formulate nei suoi confronti. Nel successivo ciclo dell'EPU, lo Stato sottoposto a esame è tenuto a rendere conto dell'attuazione delle raccomandazioni accettate.

L'EPU è soltanto una farsa?

Talvolta viene manifestata incomprendensione per il fatto che anche determinati Paesi «irrispettosi dei diritti dell'uomo» presentino raccomandazioni a Paesi come la Svizzera che invece offrono una buona tutela di tali diritti. I critici ritengono che questi Stati dovrebbero innanzitutto occuparsi dei diritti dell'uomo entro i propri confini prima di giudicare situazioni a loro totalmente sconosciute. Alcuni ritengono inoltre che spesso le raccomandazioni vengano espresse per interessi di politica estera piuttosto che per migliorare effettivamente la situazione dei diritti dell'uomo nello Stato esaminato. Queste critiche all'EPU devono essere prese in seria considerazione, ma vanno comunque relativizzate.

Capire bene lo scopo e i vantaggi di questa procedura

L'EPU è un processo politico e non una valutazione da parte di un gruppo di esperti. Per questo spesso le raccomandazioni riflettono anche la politica estera di chi le presenta. Lo scopo dell'EPU è il dialogo paritario tra Stati. La procedura reciproca rappresenta dunque una risposta sia al rimprovero secondo cui soltanto gli Stati deboli del Sud del mondo verrebbero criticati per la situazione dei diritti dell'uomo nelle rispettive società sia alla critica dell'imperialismo culturale, per il quale i presunti diritti dell'uomo «occidentali» verrebbero imposti unilateralmente ai Paesi non occidentali. Ogni Stato membro ha diritto a un voto. Questa procedura offre pertanto un'opportunità unica di promuovere il dialogo sui diritti dell'uomo e di rafforzare il consenso degli Stati membri al riguardo, aumentando così le probabilità di attuazione dei diritti dell'uomo a livello locale. Rispetto ad altri strumenti, l'EPU offre un grosso vantaggio: quando un Paese critica un punto, afferma di riconoscere i valori ad esso legati in quanto universali e di essere pronto ad accettare raccomandazioni critiche sulla situazione nel suo Paese. Altri aspetti unici sono l'impegno che gli Stati esaminati si assumono quando accettano le raccomandazioni nonché la possibilità di verificarne l'attuazione nei successivi cicli dell'EPU.

L'EPU della Svizzera e le attività del CSDU

Nell'ottobre del 2012 si è tenuto il secondo Esame periodico universale della Svizzera. Le raccomandazioni giunte alla Svizzera sono state 140 (molte delle quali della stessa natura). La Svizzera ne ha accolte 99 e respinte 41. Una parte considerevole di tali raccomandazioni riguardava gli aspetti del diritto all'uguaglianza e alla non discriminazione. Diversi Stati hanno chiesto l'emanazione di un'ampia legislazione contro la discriminazione, nonché la prevenzione e la lotta contro il razzismo, compresi un piano d'azione, una legislazione e altre misure. Altre raccomandazioni concernevano misure contro la disparità tra i sessi nel mondo del lavoro o la ratifica della Convenzione dell'ONU sui diritti delle persone con disabilità. Alla Svizzera sono state inoltre presentate raccomandazioni su temi come la migrazione, i rifugiati, i richiedenti l'asilo o la coercizione di polizia. Vari Paesi hanno infine chiesto la creazione di un'istituzione nazionale indipendente in materia di diritti dell'uomo in conformità con i Principi di Parigi.

Lo scorso anno, l'EPU della Svizzera è stato un tema centrale per il CSDU, che ha svolto numerose attività e riunioni informative per coadiuvare le autorità e la società civile nei lavori preparatori.

ATTIVITÀ

La tabella in basso mostra una panoramica dell'esame e delle attività.

Procedura EPU	Attività CSDU
12 giugno 2008 / primo EPU della Svizzera. Il Consiglio dei diritti dell'uomo dell'ONU presenta alla Svizzera 31 raccomandazioni. La Svizzera ne accetta 20 e ne respinge 11.	
Novembre 2011 / pubblicazione dello studio «Follow up der UPR-Empfehlungen an die Schweiz» (in tedesco e in francese), nel quale il CSDU analizza lo stato di attuazione delle raccomandazioni scaturite dal primo EPU della Svizzera nel 2008.	
24 gennaio 2012 / la Divisione Sicurezza umana (DSU) del DFAE e il CSDU organizzano un <u>convegno</u> sull'attuazione delle raccomandazioni del primo EPU della Svizzera. Circa 200 persone partecipano alle riunioni del mattino e discutono dei settori in cui è necessario intervenire. Nel pomeriggio ha invece luogo un incontro tra esperti per uno scambio di opinioni sulle singole raccomandazioni.	
Maggio 2012 / il CSDU partecipa alla <u>consultazione</u> della società civile organizzata dal DFAE in occasione del secondo esame della Svizzera.	
6 agosto 2012 / in occasione del secondo EPU la Svizzera presenta al Consiglio dei diritti dell'uomo dell'ONU il suo rapporto nazionale sulla situazione attuale in materia di diritti dell'uomo e sull'attuazione delle raccomandazioni derivanti dal primo EPU.	
28 agosto 2012 / a Ginevra, in occasione della cosiddetta <u>pre-session</u> , il CSDU informa le ONG e gli Stati interessati in merito ai risultati dello studio relativo all'attuazione. Il CSDU prende parte al dialogo in veste di osservatore.	
29 ottobre 2012 / la delegazione svizzera prende posizione nel quadro del dialogo interattivo dinanzi al Consiglio dei diritti dell'uomo dell'ONU.	
31 ottobre 2012 / il Consiglio dei diritti dell'uomo dell'ONU pubblica le sue raccomandazioni per la Svizzera. La Svizzera accetta subito 50 delle 140 raccomandazioni e ne respinge immediatamente 4. Le 86 raccomandazioni rimaste in sospeso vengono discusse nel febbraio del 2013 nel quadro di una consultazione con i Cantoni prima della decisione.	
27 febbraio 2013 / il Consiglio federale prende posizione in merito alle 86 raccomandazioni lasciate inizialmente in sospeso.	
14 marzo 2013 / il Consiglio dei diritti dell'uomo dell'ONU approva il suo rapporto finale e prende atto delle 99 raccomandazioni accettate e delle 41 raccomandazioni respinte dalla Svizzera.	
14 marzo 2013 / in una <u>newsletter speciale</u> , i vari settori tematici del CSDU commentano e interpretano una selezione delle 140 raccomandazioni EPU.	

Il CSDU coadiuva le autorità, la società civile e l'economia nell'attuazione degli obblighi della Svizzera in materia di diritti dell'uomo attraverso informazioni, studi, consulenze e convegni.

Che cosa facciamo?

Il compito del CSDU è di sostenere e coadiuvare i diversi addetti ai lavori in Svizzera nell'attuazione degli obblighi internazionali in materia di diritti dell'uomo. A tal fine il CSDU propone servizi e attività su misura.

Servizi

- Elaborazione di studi rilevanti per la prassi e attuabili nella pratica.
- Organizzazione e svolgimento di corsi di formazione e perfezionamento
- Indagini volte a individuare lacune a livello di conoscenze
- Informazioni su standard internazionali e migliori pratiche
- Consulenza per processi interni
- Analisi e traduzione di linee guida internazionali per contesti specifici in ambito amministrativo ed economico

Gruppi target

- Amministrazione federale
- Cantoni e conferenze intercantonalni
- Comuni
- Imprese private
- Difensori civici
- Centri di assistenza alle vittime
- Istituzioni/fondazioni private
- Organizzazioni non governative (ONG)
- Università, scuole universitarie professionali, alte scuole pedagogiche, scuole
- Media
- Associazioni, sindacati, partiti
- Altri settori interessati

Newsletter del CSDU

Su base trimestrale il CSDU invia tramite e-mail una newsletter gratuita in tedesco e francese. Suddivisa per temi, la newsletter informa sugli sviluppi nazionali e internazionali riguardanti i vari ambiti legati ai diritti dell'uomo e ne valuta la rilevanza ai fini dell'attuazione dei diritti dell'uomo in Svizzera. In questa newsletter lo scorso anno sono stati pubblicati 108 articoli, contenenti tra l'altro commenti a sentenze di tribunali nazionali e internazionali, riferimenti a progetti legislativi o informazioni sugli sviluppi a livello cantonale.

Per il CSDU la newsletter è diventata uno strumento importante per diffondere informazioni sui nuovi sviluppi nel settore dei diritti dell'uomo. Lo scorso anno ci siamo dunque impegnati in particolare per migliorare la rilevanza pratica della newsletter e la sua accessibilità linguistica. Il crescente interesse dimostrato dagli addetti ai lavori ci conferma che la strada intrapresa è quella giusta. Alla fine del 2012 gli abbonati erano già circa 2500 e il numero degli accessi agli articoli della newsletter sulla pagina web erano aumentati del 24 per cento.

La newsletter in breve:

- > è pubblicata 4 volte l'anno
- > è disponibile in tedesco e francese (alcuni articoli anche in italiano)
- > è gratuita d'abbonare su www.csdu.ch
- > è suddivisa in sei settori tematici
- > commenta gli sviluppi nazionali e internazionali nonché la giurisprudenza relativa ai diritti dell'uomo, analizzandone l'importanza pratica per la Svizzera

Pubblicazioni 2012

Lo scorso anno sono stati pubblicati i seguenti documenti, disponibili gratuitamente sul sito del CSDU (www.csdu.ch):

[Genf oder Strassburg? Die Rechtsprechung des UNO-Menschenrechtsausschusses und des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Vergleich](#), Walter Kälin, 9 gennaio 2012, 46 p. (in tedesco con riassunto in francese)

Quali sono le differenze e le analogie tra la giurisprudenza del Comitato per i diritti dell'uomo dell'ONU e quella della Corte europea dei diritti dell'uomo? Studio della prassi giurisprudenziale in vista di un'eventuale ratifica del protocollo facoltativo al Patto dell'ONU II.

[Die Umsetzung internationaler Menschenrechtsempfehlungen im föderalistischen Staat, Perspektiven für das follow-up zu den «Abschliessenden Bemerkungen» der UNO-Vertragsorgane in der Schweiz](#), Andrea Egbuna-Joss/Walter Kälin, 10 febbraio 2012, 27 p. (in tedesco e francese)

Studio su come migliorare in Svizzera la procedura concernente i rapporti all'attenzione degli organi dell'ONU per i diritti dell'uomo e l'attuazione delle raccomandazioni in tale ambito.

[Die Umsetzung menschenrechtlicher Vorgaben in den Bereichen Freiheitsentzug, Polizei und Justiz in der Schweiz: Eine Analyse der Empfehlungen menschenrechtlicher Überwachungsorgane](#), Jörgkünzli/Anja Eugster/Andreas Kind/Alexander Spring/Evelyne Sturm, 8 marzo 2012, 91 p. (in tedesco e francese)

Un'analisi dell'attuazione delle raccomandazioni internazionali in materia di detenzione, polizia e giustizia in Svizzera.

[Studie zum Follow up zu den UPR-Empfehlungen an die Schweiz](#), CSDU, 17 aprile 2012, 155 p. (in tedesco e francese)

Studio sullo stato dell'attuazione delle raccomandazioni ricevute dalla Svizzera durante il primo EPU nel 2008.

[Geschlechtsspezifische Verfolgung – Die schweizerische Praxis vor dem Hintergrund der europäischen und globalen Entwicklungen](#), Alberto Achermann/Constantin Hruschka (a cura di), Berna 2012, 185 p. (in tedesco e francese)

Primo volume della collana del CSDU dedicata agli sviluppi in Svizzera, nell'UE e nel mondo in materia di persecuzioni legate al genere nel quadro della procedura di asilo.

[Die Umsetzung menschenrechtlicher Vorgaben im Bereich Migration in der Schweiz. Eine Analyse der Empfehlungen menschenrechtlicher Überwachungsorgane](#), Fanny Matthey/Silvia Schönenberger/Nicole Wichmann/Pascal Mahon/Gianni D'Amato, 6 luglio 2012, 175 p.

Uno studio sull'attuazione delle raccomandazioni internazionali in materia di migrazione in Svizzera.

[Einführung einer bundesgesetzlichen Meldepflicht für Fachleute bei Verdacht auf sexuelle Gewalt und Übergriffe im Gesundheits-, Heim-, und Erziehungswesen](#), Reto Locher/Stefan Schlegel, 21 agosto 2012, 22 p. (in tedesco e in francese)

Studio relativo a un progetto di intervento parlamentare volto a definire se la competenza per l'introduzione di un obbligo di denuncia spetti alla Confederazione o ai Cantoni.

[Vereinbarkeit von Nothilfe für Asylsuchende mit Völker- und Verfassungsrecht? Gutachten zur nationalrätlichen Fassung von Art. 82 Abs. 1 Asylgesetz](#), Walter Kälin/Alberto Achermann/Jörg Künzli, 22 agosto 2012, 14 p. (in tedesco con riassunto in francese)

Valutazione della compatibilità con la Costituzione federale e con il diritto internazionale della fornitura del solo soccorso d'emergenza ai richiedenti l'asilo per tutta la durata della procedura.

Il CSDU ha inoltre fornito servizi per diversi committenti (autorità e aziende). Tra questi figura la gestione della banca dati sulla legge sulla parità dei sessi (www.gleichstellungsgesetz.ch).

Manifestazioni 2012

Le manifestazioni nel dettaglio:

[Follow-up zu den UPR-Empfehlungen an die Schweiz](#), 24 gennaio 2012, in collaborazione con il DFAE, Divisione Sicurezza umana.

Manifestazione aperta al grande pubblico e workshop tematici con partecipazione a numero chiuso sull'attuazione delle raccomandazioni del primo EPU in vista del secondo esame svizzero.

[«CEDAW für die Schweizer Rechtspraxis: So funktioniert!»](#), presentazione della nuova guida online della CFQF e della Convenzione dell'ONU sull'eliminazione di ogni forma di discriminazione nei confronti della donna, il 27 giugno 2012, in collaborazione con la Commissione federale per le questioni femminili (CFQF).

Presentazione della guida online per l'applicazione della Convenzione dell'ONU sull'eliminazione di ogni forma di discriminazione nei confronti della donna.

[Ein Jahr Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte: Bilanz aus der Sicht der Zivilgesellschaft](#), 24 agosto 2012, organizzato da humanrights.ch/MERS

Convegno sulle aspettative e sulle esigenze della società civile nei confronti del CSDU.

Tavola rotonda sul tema della migrazione (23 agosto 2012 a Neuchâtel), politica di genere (28 agosto 2012 a Berna) e politica dell'infanzia e della gioventù (30 agosto 2012 a Berna). Colloqui con specialisti interessati in merito allo studio «Umsetzung der Menschenrechte in der Schweiz» (pubblicazione 2013).

[Droits de l'enfant et secteur privé: amener les Etats et les entreprises à remplir leur obligations](#), 14-17 ottobre 2012, in collaborazione con la Commissione internazionale dei giuristi (ICJ) e il centro di competenza per i diritti dell'uomo dell'Università di Zurigo (MRZ).

Convegno di più giorni con rappresentanti di Stati, organizzazioni internazionali, ONG e aziende sul tema dell'influenza delle imprese sui diritti dell'infanzia.

[Diritti umani: Svizzera inadempiente?](#) Novembre-dicembre 2012, manifestazione di sensibilizzazione in nove città svizzere

Dibattiti pubblici con i rappresentanti di Cantoni, Città e società civile sull'attuazione delle raccomandazioni del secondo EPU.

[Tavola rotonda sulle conoscenze acquisite in base alla giurisprudenza nazionale e internazionale sulle controversie legali nell'ambito dei diritti economici, sociali e culturali](#), 20 novembre 2012, in collaborazione con l'Académie de droit international humanitaire et de droits humains (AdH) e l'Associazione svizzera dei magistrati.

Dibattito sulla giustiziabilità di diritti economici, sociali e culturali.

[Transmensen in der Schweiz \(Menschen-\) Rechtliche Fragen zur Geschlechtsidentität: Selbstbestimmung oder Bevormundung?](#) 23 novembre 2012, in collaborazione con Transgender Network Switzerland (TGNS).

Convegno specialistico sulla situazione giuridica in materia di cambiamento del nome e applicabilità della legge sulla parità dei sessi e sugli aspetti medico-assicurativi in caso di interventi medici per il cambiamento di sesso.

[Die Umsetzung der Kinderrechte in der Schweiz aus der Sicht des neuen Staatenberichts und des NGO-Berichts, 14 dicembre 2012](#).

Convegno sul nuovo rapporto nazionale e sul rapporto delle ONG con la partecipazione di autorità, esperti, economia e società civile.

Le manifestazioni in cifre:

Manifestazioni di una o più giornate: 5
Workshop/tavole rotonde: 5
Dibattiti: 9

I collaboratori del Centro hanno inoltre presentato numerosi rapporti.

TRATTA DI ESSERI UMANI: SCHIAVITÙ MODERNA IN SVIZZERA

Prostitutione forzata, sfruttamento economico e violenza sono la triste realtà di tante donne che lavorano nel mercato del sesso. Difficile dire quante siano e quale sia la loro situazione.

Uno studio del CSDU apre uno spiraglio di luce.

Tratta di esseri umani in Svizzera

Recentemente un tribunale di Biel si è occupato di un caso di tratta di esseri umani: uno straniero avrebbe fatto da intermediario fornendo numerose donne da lui gestite a locali a luci rosse in Svizzera. Secondo l'accusa avrebbe costretto le donne a lavorare fino a undici ore al giorno per sei o sette giorni alla settimana. Le donne entrate in Svizzera come «turiste» sarebbero state sorvegliate costantemente dall'uomo con l'aiuto di altri connazionali, nonché soggiigate finanziariamente con sanzioni pecuniarie e tasse e talvolta addirittura minacciate e picchiare. L'imputato, un pugile esperto, avrebbe aggredito violentemente anche alcuni clienti del suo locale a luci rosse.

La tratta di esseri umani: conoscenze insufficienti sulle cifre e sulla portata del fenomeno

Le Convenzioni sui diritti dell'uomo obbligano la Svizzera a garantire protezione alle vittime di reati in quest'ambito e a punire penalmente i responsabili. La tratta di esseri umani è tuttavia un fenomeno illegale ancora molto sommerso in quanto spesso le vittime non si rivolgono alle autorità per paura di ripercussioni da parte di organizzazioni criminali o di espulsione verso il Paese d'origine. Per lottare efficacemente contro la tratta di esseri umani è pertanto indispensabile che le autorità dispongano di dati certi e conoscano in modo approfondito la situazione effettiva. In Svizzera questa forma di schiavitù moderna continua a essere ancora limitatamente e insufficientemente conosciuta, il che impedisce di combatterla in maniera mirata.

Uno studio di fattibilità del CSDU mira a individuare quali sono le possibilità per studiare la portata e le caratteristiche di questo fenomeno in Svizzera. Lo studio è stato suddiviso in tre tappe. In una prima tappa è stata allestita una panoramica aggiornata della letteratura specifica sulla tratta di esseri umani nel contesto svizzero al fine di valutare meglio lo stato attuale delle conoscenze scientifiche in questo campo. Il Centro si è inoltre basato sulla letteratura nazionale e internazionale per individuare gli strumenti più adatti a fare luce, in futuro, su queste realtà nascoste. In una seconda tappa sono state condotte interviste con esperti di diversi settori (per esempio con rappresentanti degli uffici federali, sindacati, criminologi ed esperti di organizzazioni internazionali).

L'idea era quella di ottenere stime realistiche sulla tratta degli esseri umani in Svizzera basandosi sulle esperienze esistenti. Nella terza fase dello studio si è infine proceduto a una valutazione della base di dati dell'Ufficio federale di statistica e dei risultati di un sondaggio presso gli addetti ai lavori cantonali e federali. Come Cantone più significativo è stato scelto il Cantone di Ginevra, essendo l'unico in cui, sulla base delle nostre informazioni, è stato registrato almeno un caso per ognuna delle tre le forme di tratta di esseri umani (sfruttamento della prostituzione, sfruttamento della manodopera e commercio di organi).

Necessità di ulteriori accertamenti

I risultati di questi studi ci consentono di proporre tre metodi di ricerca che, se combinati, potrebbero aiutare a conoscere meglio il fenomeno della tratta degli esseri umani:

- studio A: si tratta di uno studio qualitativo volto ad analizzare lo sfruttamento sessuale nel mondo della prostituzione. Per svolgere questo studio proponiamo di consultare le statistiche ufficiali della Confederazione e le sentenze dei tribunali cantonali nonché di intervistare esperti del settore per valutare meglio le analisi condotte;

- studio B: studio suddiviso in due parti di carattere quantitativo. La prima parte dello studio mira a valutare meglio il rischio della tratta degli esseri umani in funzione dei tipi di locali a luci rosse, in cui la prostituzione può essere apertamente dichiarata oppure nascosta. Attraverso un sondaggio presso i gestori di tali locali si cerca di ottenere cifre realistiche. Con l'ausilio del metodo cattura-ricattura, la seconda parte dello studio ha l'obiettivo di stimare i casi dissimulati nei luoghi pubblici. Le risposte fornite da queste ricerche consentono di definire i profili delle prostitute di strada particolarmente vulnerabili e probabilmente più esposte al rischio della tratta di esseri umani;

- studio C: basato su un approccio qualitativo, mira a far luce sugli elementi che caratterizzano lo sfruttamento della manodopera ai fini della tratta di esseri umani. In primo luogo vengono valutati, a livello di giurisprudenza, i casi in cui le condizioni di lavoro dei querelanti risultano palesemente indegne. Un sondaggio presso gli ispettori cantonali del lavoro dovrà completare questi primi risultati, che saranno integrati con i dettagli forniti da informatori chiave. Al termine dello studio, un gruppo di lavoro composto da esperti valuterà i risultati di questi tre approcci di ricerca.

NETWORKING

Il compito del CSDU, in quanto progetto pilota della Confederazione, è quello di corroborare il suo lavoro attraverso un'ampia rete di contatti e visite.

Limiti di metodo nello studio della tratta degli esseri umani

Dallo studio di fattibilità emerge che le molteplici sfaccettature del fenomeno della tratta di esseri umani rendono difficile studiarne tutte le sue dimensioni. Non si può inoltre calcolare in modo affidabile l'entità della tratta di esseri umani in Svizzera nelle sue tre forme. Ciò sarebbe possibile soltanto effettuando una stima empirica che tenga conto delle diverse dimensioni della tratta di esseri umani e che le valuti in funzione dei Cantoni. Essendo tuttavia indispensabile analizzare la situazione anche dal punto di vista qualitativo, un simile approccio potrebbe essere applicato soltanto alla tratta di esseri umani legata allo sfruttamento sessuale. Per una stima più accurata della tratta degli esseri umani ai fini dello sfruttamento della manodopera o del commercio di organi occorre infatti adottare innanzitutto un approccio qualitativo. Nonostante tali limiti, è necessario approfondire questa zona grigia per combattere in modo più efficace la tratta di esseri umani e tutelare maggiormente i diritti dell'uomo in riferimento alle vittime.

Il CSDU intende sostenere le autorità e altri attori nell'attuazione degli obblighi internazionali della Svizzera in materia di diritti dell'uomo offrendo loro la propria consulenza. Un aspetto centrale delle attività del CSDU è pertanto il lavoro di networking con il quale il CSDU non solo informa in merito ai suoi servizi, ma crea anche rapporti di interazione tra i diversi soggetti promuovendo lo scambio di informazioni sui temi di attualità relativi ai diritti dell'uomo in Svizzera.

Lo scorso anno il CSDU ha effettuato varie visite e intrattenuto numerosi contatti con diversi interlocutori, tra cui:

- l'Amministrazione federale: il CSDU ha approfondito le relazioni con l'Amministrazione federale incontrando i rappresentanti di diversi uffici federali. Sono stati inoltre creati gruppi di lavoro per i singoli studi del contratto di prestazioni della Confederazione;
- la Commissione federale per le questioni femminili (CFQF): il CSDU si è presentato in occasione della seduta plenaria della CFQF;
- i Cantoni: il CSDU ha avuto la possibilità di presentare i suoi servizi nei Cantoni di Zurigo, Berna, Basilea e Ginevra e di discutere con gli uffici competenti in merito alle eventuali necessità;
- la società civile: le ONG svolgono un ruolo fondamentale nei rapporti tra il CSDU e la società civile. Grazie a vari incontri è stato possibile approfondire tali rapporti. Tra gli incontri più importanti figurano la visita presso il servizio specializzato in materia di tratta e migrazione delle donne (FIZ) di Zurigo e il convegno delle ONG tenutosi il 24 agosto 2012;
- l'economia: il CSDU ha curato un intenso dialogo con le imprese e le associazioni economiche, partecipando attivamente al chiarimento di questioni specifiche riguardanti le imprese stesse e il relativo settore.

FINANZE

Sussidi federali e proventi dei mandati

Come viene finanziato il CSDU? Per la durata del progetto pilota, il CSDU riceve un finanziamento annuale di base da parte della Confederazione, in particolare dal Dipartimento federale degli affari esteri (DFAE) e dal Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP). Il finanziamento di base ammonta a 1 000 000 di franchi l'anno, da cui va detratta un'aliquota IVA dell'8 per cento.

A fronte di tale finanziamento il CSDU fornisce alla Confederazione, nel quadro di un accordo di prestazioni annuale, servizi sotto forma di studi, manifestazioni e informazioni. Il CSDU riceve inoltre mandati da autorità pubbliche, da ONG e dall'economia privata. I mandati di terzi hanno

rappresentato per il CSDU nel 2012 un totale di 93'295 CHF circa. I Cantoni universitari della rete mettono a disposizione le proprie infrastrutture ed alcuni contribuiscono alla fase di allestimento con un finanziamento iniziale. L'istituto di diritto pubblico dell'Università di Berna, per esempio, sostiene le spese del personale impegnato nella direzione del progetto «Accesso alla giustizia» per un ammontare di 39 050 CHF.

Spiegazioni relative al conto economico

Nel 2012 il contributo federale al netto dell'IVA è stato di 925 925,94 franchi. La Confederazione ha inoltre autorizzato il CSDU a riportare all'anno successivo il prefinanziamento relativo al contributo federale 2011. In questo modo è stato tenuto conto del fatto che l'accordo di prestazioni 2011 tra la Confederazione e il CSDU, concluso solo a giugno 2011, conteneva diversi mandati che, per mancanza di tempo, sono stati realizzati soltanto nel 2012. Gli altri contributi comprendono i rimborsi delle assicurazioni sociali.

Le uscite concernono gli oneri per il personale dell'ufficio nonché gli oneri per il personale delle istituzioni partner e le spese generali di gestione (spese materiali).

Conto economico per finanziamento della Confederazione 2012

Conto economico	1° gennaio–31 dicembre 2012
	CHF
Contributo federale (al netto dell'IVA)	925 925.94
Contributo federale autorizzato e riportato dal 2011	140 658.31
Altri contributi	24 831.13
	1091 415.38
Oneri per il personale dell'ufficio	–331 034.10
Oneri per il personale delle istituzioni partner	–610 929.69
Spese materiali	–112 760.20
Oneri finanziari	0.00
	36 691.39
Prefinanziamento Confederazione	–36 691.39
	0.00

PROSPETTIVE

Obiettivi e sfide per il 2013

Il CSDU ha realizzato la maggior parte degli obiettivi previsti per il suo secondo anno di attività. In questo breve periodo di operatività, il Centro si è dimostrato estremamente efficiente. Nel 2012 sono stati effettuati numerosi studi, nonché perizie e convegni. Il numero dei committenti e dei mandati di terzi è aumentato e sono state organizzate varie manifestazioni in collaborazione con altre istituzioni.

Insieme a vari committenti, per il 2013 il CSDU ha già previsto una serie di studi e numerose attività in tutti i settori tematici. Sarà un anno intenso che darà al Centro la possibilità di mettere alla prova la sua efficienza e il suo ampio spettro di competenze. Per il CSDU, anche in futuro sarà fondamentale contribuire con pragmatismo e conoscenze concrete all'attuazione dei diritti dell'uomo. Un importante passo a tal fine è rappresentato dalla pubblicazione di uno studio sull'attuazione dei diritti dell'uomo in Svizzera nell'estate del 2013. In sei volumi il CSDU presenta lo stato attuale delle raccomandazioni e delle decisioni presentate alla Svizzera in ambito internazionale. Lo studio, che sottolinea i punti cruciali della politica svizzera in materia di diritti dell'uomo, è stato elaborato per consentire al CSDU di definire le proprie priorità a livello strategico.

Un obiettivo importante per il Centro nel terzo anno di attività sarà anche quello di impegnarsi maggiormente per acquisire mandati da terzi e per trovare ulteriori partner, affermandosi quindi sempre più come istituzione indipendente.

Per quanto riguarda le attività interne al CSDU, il Centro continuerà a impegnarsi per rendere più equilibrata la ripartizione del lavoro tra i vari settori tematici.

L'intero team del CSDU è pronto ad affrontare le sfide del prossimo anno.

Il CSDU: un progetto pilota

Il CSDU è un progetto pilota istituito dal Consiglio federale sino alla fine del 2015. Al termine del progetto verrà effettuata una valutazione, dopodiché la Confederazione deciderà se trasformare il Centro in un'istituzione nazionale per i diritti dell'uomo indipendente e conforme ai «Principi di Parigi», validi a livello internazionale.

Gennaio 2010 / Bando di concorso della Confederazione

14 marzo 2011 / Accordo quadro tra la Confederazione e il CSDU

6 maggio 2011 / Manifestazione inaugurale

Maggio – dicembre 2011 / Allestimento del Centro e pubblicazione dei primi studi

Da gennaio 2012 / Fase operativa

2015 / Valutazione da parte della Confederazione e decisione del Consiglio federale sul futuro del CSDU

Dicembre 2015 / Prevista conclusione del progetto pilota

STRUTTURA

Una rete di istituti universitari e di altri partner

Il CSDU è una rete composta dalle Università di Berna, Friburgo, Neuchâtel e Zurigo, dall'Istituto universitario Kurt Bösch, dal Centro per l'educazione sui diritti umani (ZMRB) dell'alta scuola pedagogica della Svizzera centrale Lucerna (PHZ) e dall'associazione humanrights.ch – MERS. I delegati di questi istituti partner, insieme al direttore del Centro, il professor Walter Kälin, costituiscono il comitato direttivo, che vigila sull'intero operato del CSDU ed è responsabile della qualità, del programma di lavoro e del budget. Per quanto riguarda gli aspetti strategici, il CSDU è inoltre coadiuvato da un comitato consultivo che può proporre raccomandazioni al comitato direttivo. Il comitato consultivo è composto da rappresentanti dell'Amministrazione, della politica e della società civile.

I collaboratori del CSDU sono distribuiti tra le varie sedi delle università e delle istituzioni partner coinvolte. Lo scorso anno hanno lavorato part-time per il Centro circa 30 persone. I membri del comitato direttivo sono responsabili della direzione dei settori tematici, all'interno dei quali sono impiegati collaboratori scientifici, e svolgono la loro attività a titolo onorifico nonostante i carichi di lavoro siano talvolta considerevoli.

La segreteria generale, che ifinge da «sportello unico» per ricevere domande e mandati, era composta, nel 2012, dal direttore, il professor Walter Kälin, dalla direttrice amministrativa Anne Grethe Nielsen, da una collaboratrice scientifica, da una praticante/traduttrice e da una collaboratrice addetta alle finanze. Complessivamente, l'ufficio era occupato per una percentuale (massima) del 260 per cento. Il CSDU deplora la partenza, a fine 2012, della signora Nielsen, ex direttrice amministrativa, che ha svolto un prezioso lavoro e alla quale il Centro e i collaboratori sono estremamente riconoscenti. Per il 2013 il comitato direttivo ha deciso di occupare la posizione vacante con due posti al 50 per cento. La funzione è stata assunta dal 1° marzo 2013 da Evelyne Sturm (co-direttrice amministrativa servizi e networking) e Serap Akgül-Dermibas (co-direttrice amministrativa operazioni).

Comitato direttivo
Direttore / Gestione amministrativa / Rappresentanti università partner / Rappresentanti istituzioni partner

Ufficio

Settori tematici
Migrazione (Università di Neuchâtel)
Polizia e giustizia (Università di Berna)
Politica di genere (Università di Berna)
Politica dell'infanzia e della gioventù (IUKB/DIE)
Questioni istituzionali (Università di Friburgo)
Diritti dell'uomo ed economia (Università di Zurigo)

Compiti trasversali
Educazione sui diritti dell'uomo (ZMRB PHZ Lucerna)
Informazione e sensibilizzazione (humanrights.ch/MERS)

Comitato consultivo*
Rappresentanti di Amministrazione,
politica e società civile

***Membri del comitato consultivo** / Stato al 31.12.2012 / Presidente: Eugen David / Vicepresidente: Doris Angst / Hans Ambühl / Liselotte Arni / Urs Bolz / Martine Brunschwig Graf / Stefan Bruppacher / Fabienne Bugnon / Wolfgang Eduard Bürgstein / Didier Chambovey / Oskar Freysinger / Michele Galizia / Ida Glanzmann-Hunkeler / Ulrich E. Gut / Ursula Haller Vannini / Peter Hodel / Max Hofmann / Elisabeth Keller / Luzius Mader / Markus Mader / Sandra Maisen / Marco Mona / Geri Müller / Walter Müller / Markus Notter / Sybille Oetlicher / Alexandre Plassard / Thomas Pletscher / Ron Popper / Simone Prodollet / Paul Rechsteiner / Luc Recordon / Maria Roth-Bernasconi / Manon Schick / Anne Seydoux-Christe / Luzi Stamm / Andy Tschüperlin / Geert van Dok / Dieter von Blarer / Claude Wild / Osservatrice: Vreni Müller-Hemmi

IMPRESSUM / IMPRESSION / COLOPHON

Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte
Centre suisse de compétence pour les droits humains
Centro svizzero di competenza per i diritti umani

Schanzeneckstrasse 1
3012 Bern / 3012 Berne / 3012 Berna
+ 41 (0)31 631 86 51
skmr@skmr.unibe.ch
www.skmr.ch / www.csdh.ch / www.csdu.ch

Redaktion / Rédaction / Redazione
Evelyne Sturm, Walter Kälin

Texte / Textes / Testi
Evelyne Sturm, Walter Kälin, Gianni D'Amato, Serap Akgül-Demirbas

Übersetzung / Traduction / Traduzione
Nora Martin, Franca Ferretti

Gestaltung/Layout / Conception graphique/layout / Impaginazione/layout
büro z {grafik design}, Bern

Auflage / Tirage / Edizione
1300

Druck / Impression / Stampa
Ast & Fischer AG, Wabern

© 2013, Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte
© 2013, Centre suisse de compétence pour les droits humains
© 2013, Centro svizzero di competenza per i diritti umani